

Kurzstudie | Juni 2023

Governance Innovation Labs

Konzeption eines kompakten und kollaborativen Governance-Formats für Nachhaltigkeit in der Plattformökonomie

Autor*innen

Justus von Geibler
Toni Gnanko
Katharina Gröne
Stephan Ramesohl

Wuppertal Institut für
Klima, Umwelt und Energie

Überblick

Die politische Förderung des Nachhaltigen Konsums in der Plattformökonomie ist derzeit unzureichend. Die Umweltpolitik steht vor dynamischen und komplexen Herausforderungen. Um politische Entscheidungsprozesse und Stakeholder-Beteiligung zu unterstützen, exploriert die Kurzstudie kompakte und kollaborative Governance-Formate, sogenannte Governance Innovation Labs.

Danksagung

Die Autor*innen bedanken sich herzlich bei allen Netzwerkpartner*innen und Expert*innen für den fachlichen Austausch sowie die wertvollen Beiträge und Anregungen vor allem im Rahmen der Workshops und Veranstaltungen, insbesondere von Dr. Otmar Lell (ConPolicy), Prof. Dr. Peter Rott (Universität Oldenburg), Prof. Dr. Christoph Busch (Universität Osnabrück, Sachverständigenrat für Verbraucherfragen), Prof. Dr. Christa Liedtke (Wuppertal Institut, Sachverständigenrat für Verbraucherfragen), Dr. Nele Wulf (IZT), Dr. Mathias Großklaus (IZT), Steffen Bauer (IZT), Joscha Wirtz (Wuppertal Institut), Daniel Wurm (Wuppertal Institut), Alyssa Gunnemann (Wuppertal Institut).

Die Verantwortung für Inhalt und Aussagen des Berichts liegt dabei ausschließlich bei den Autor*innen.

Inhaltsverzeichnis

1 Einleitung	1
1.1 Herausforderung der Governance für eine nachhaltige Plattformökonomie	1
1.2 Projektkontext CO:DINA und Vorarbeiten	2
1.3 Ziel und Methodik	4
1.4 Wie ist der Bericht strukturiert?	6
2 Konzeption der Governance Innovation Labs	7
2.1 Grundverständnis zu kollaborativen Governance-Ansätzen	7
2.2 Akteur*innen der Governance	9
2.3 Governance Innovation Labs als kollaboratives Governance-Format	12
2.3.1 Definition von Governance Innovation Labs	13
2.3.2 Merkmale von Governance Innovation Labs	14
2.3.3. Bezug zu anderen Governance-Formaten	17
2.4 Zwischenfazit	22
3 Beispiele für kompakte und kollaborative Formate in der Erprobung	22
3.1 Fallbeispiel "DNS-Lab" der WPN 2030	22
3.1.1 Ziele und Qualitätsanforderungen	23
3.1.2 Gestaltungsrelevante Bedingungen	24
3.1.3 Methodische Umsetzung	25
3.1.4 Zwischenfazit	26
3.2 Fallbeispiel "Policy Lab UK"	27
3.2.1 Ziele und Qualitätsanforderungen	28
3.2.2 Gestaltungsrelevante Bedingungen	30
3.2.3 Methodische Umsetzung des "Policy Lab in one day"	31
3.2.4 Zwischenfazit	32
3.3 Weitere Beispiele für Ko-Kreations-Formate zur Plattformregulierung	33
4 Schlussfolgerungen	34
4.1 Herausforderungen für kollaborative Governance-Ansätze	35
4.2 Gelingensbedingungen zur Umsetzung	37
4.3 Ausblick	39
Literatur	41

1 Einleitung

Das Kapitel leitet in die Thematik der Governance für eine nachhaltige Plattformökonomie ein und stellt den Projektkontext dar. Zudem werden Ziel und Ansatz des Papiers sowie die methodische Herangehensweise beschrieben.

1.1 Herausforderung der Governance für eine nachhaltige Plattformökonomie

Um negative Umweltauswirkungen durch fortschreitende Digitalisierung zu beschränken, bedarf es neuer Leitplanken (BMUV, 2020, S. 3). Für die Umweltpolitik führt die Digitalisierung dabei zu neuen Gestaltungsherausforderungen im Umwelt- und Ressourcenschutz (BMUV, 2020, S. 1f.; 6ff.).

Konsum findet heutzutage immer stärker digital statt und ist für eine Reihe von Umweltbelastungen verantwortlich (WBGU, 2019, S. 179; Kahlenborn et al., 2018, S. 31ff.; Lell et al., 2020, S. 11). Die Digitalisierung bietet gleichzeitig das Potential, nachhaltigen Konsum beispielsweise durch intelligente Algorithmen in der Produktbewertung zu fördern, und kann ein wichtiger Hebel für Klima-, Umwelt- und Ressourcenschutz sein (Kahlenborn et al., 2018, S. 15; Frick et al., 2019, S. 8f.). Um diese Potentiale zu nutzen, sollte der digitale Konsum konsequent an Nachhaltigkeit und Verbraucher*innenschutz geknüpft und große Verkaufsplattformen entsprechend reguliert werden. Hier besteht Handlungsbedarf.

Digitale Plattformen sind heute in allen Sektoren der Gesellschaft vorgedrungen und verfügen über eine eigenständige Gestaltungsmacht, die Regeln für gesellschaftliche Strukturen und Prozesse zu bestimmen (Dijck, 2020, S. 2). Das Internet, als ein freier, offener Raum, lässt sich nur schwer regulieren und kontrollieren (Ossewaarde & Reijers, 2017, S. 624). Dazu kommt, dass sich die großen Plattformen, wie Facebook, Amazon oder Google, sich auf ihre Mittlerrolle zurückziehen und sich weitestgehend sowohl gesellschaftlicher und ökologischer Verantwortung als auch oft rechtlichen Kategorien zur wirkungsvollen Regulierung entziehen (Dijck, 2020, S. 2; WBGU, 2019, S. 179; Micklitz et al., 2020, S. 31). Undurchsichtige Plattformmechanismen, z.B. die intransparente Beeinflussung von Nutzer*innenverhalten durch Algorithmen oder das Verbergen von Inhalten durch Selektions- und Auswahlmechanismen, verursachen derzeit bei Bürger*innen und staatlichen Akteur*innen große Transparenz-Lücken (Dijck, 2020, S. 2). Die Politik steht in der Verantwortung, aktiv zu werden und diese

Lücken zu schließen. Auf nationaler Ebene sind die Steigerung von Transparenz, Fairness, Wahlfreiheit und Rechten von Verbraucher*innen die Aufgabe des digitalen Verbraucherschutzes im Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz (BMUV, 2022a). Sowohl in der umweltpolitischen Digitalagenda als auch in der Digitalstrategie der Bundesregierung werden bereits konkrete Maßnahmen zur Förderung von nachhaltigem Konsum in der digitalen Welt aufgeführt (BMUV, 2020, S. 20f.; BMDV, 2022, S. 24).

Um die beschriebenen, komplexen Herausforderungen zu bewältigen, bedarf es der gemeinsamen Anstrengung von Regierungen (auf verschiedenen regionalen Ebenen), Unternehmen, Organisationen der Zivilgesellschaft und Bürger*innen sowie der Forschung (Dijck 2020, S. 4; Micklitz et al., 2020, S. 37). Nur durch eine breite Diskussion kann eine Plattformökonomie, die Nachhaltigen Konsum stärkt, etabliert werden und zeitgleich die Legitimität und Akzeptanz von neuen gesetzlichen Veränderungen gewahrt bleiben (WBGU, 2019, S. 122; Micklitz et al., 2020, S. 37).

1.2 Projektkontext CO:DINA und Vorarbeiten

Diese Kurzstudie erfolgt im Rahmen der Forschungslinie "Governance Innovation Labs" des BMU Verbundvorhabens „CO:DINA – Transformationsroadmap Digitalisierung und Nachhaltigkeit“.

Das Vorhaben CO:DINA erforscht neue Ansätze für die nachhaltige Gestaltung des digitalen Wandels und zielt darauf ab, politisch-normative Zieldimensionen zu untersuchen und diese mit instrumentell-operativen Handlungsdimensionen zu verknüpfen. Dabei soll die Komplexität und Vielschichtigkeit der digitalen Transformation (vor dem Hintergrund einer nachhaltigen Entwicklung) durch einen integrierten Ansatz gestaltbar gemacht werden. Das Vorhaben fokussiert die Zusammenhänge und Wechselwirkungen zwischen Technologie, Gesellschaft und Umwelt und arbeitet in verschiedenen Forschungslinien.¹

Im Rahmen des CO:DINA Vorhabens haben sich bereits vorangegangene Arbeiten mit der Rolle von Plattformen als Akteure für nachhaltigen Konsum sowie den Potenzialen der KI als Enabler für Transparenz und ökologische Entscheidungsfindung von Verbraucher*innen auseinandergesetzt. Insbesondere die Vorarbeiten der Forschungslinien "Digital-ökologische Staatskunst"² und "Transparente

¹ Weitere Informationen zum CO:DINA Vorhaben unter: <https://codina-transformation.de/>

² <https://codina-transformation.de/digital-oekologische-staatskunst/>

Wertschöpfungsketten³ verdeutlichen die Relevanz von digitalen Plattformen und Onlinehandel für einen nachhaltigen Konsum und unterstreichen gleichzeitig die Defizite bisheriger, traditioneller Politikansätze der Plattformregulierung. Die bisherigen Forschungsergebnisse im CO:DINA Projekt sowie weitere Forschungsergebnisse (vgl. Hagemann, 2015; Kahlenborn et al., 2018; Lell et al., 2020; BMUV, 2020; BMUV, 2022b; Liedtke et al., 2020; Sarmiento et al., 2023) zeigen auch, dass vor allem im digitalen Konsum, welcher über Plattformen und Online Händler*innen abgewickelt wird, großes Potential besteht Konsument*innen dabei zu unterstützen, ökologische Konsumentscheidungen zu treffen und Bedürfnisse auch mit weniger Umweltverbrauch zu decken (u.a. durch das Vorschlagen von ökologischen Produktalternativen, Reparaturangeboten und der Vermeidung von nicht bedarfsgerechtem Konsum).

An diesen Erkenntnissen der vergangenen Forschungslinien setzt die Forschungslinie "Governance Innovation Labs" an. Die Forschungslinie fokussiert insbesondere die Lenkung des Konsums auf Plattformen. Die Konsum-Lenkung ergibt sich als wichtige Aufgabe aus Nachhaltigkeitssicht, u.a. weil das aktuelle Angebot nur teilweise nachhaltig ist, das nachhaltige Angebot aktuell teilweise nicht genutzt wird, das aktuelle Angebots- und Konsumniveau verringert werden sollte (siehe Abb. 1).

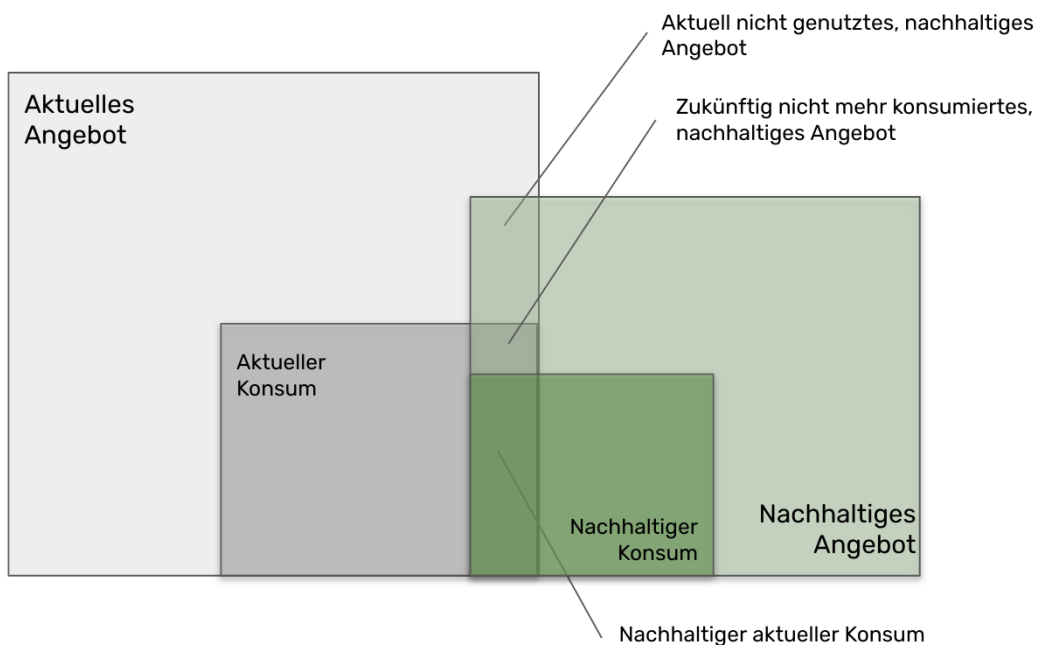


Abb. 1: Nachhaltiger Konsum als Zielbild und Aufgabe (Quelle: Eigene Darstellung, basierend auf Lell et al., 2021)

³ <https://codina-transformation.de/transparente-wertschoepfungsketten/>

1.3 Ziel und Methodik

Diese Kurzstudie soll einen Beitrag zur Erhöhung der politischen Gestaltungsfähigkeit im Kontext der nachhaltigen Plattformregulierung leisten, um somit Chancen der Digitalisierung besser für nachhaltigen Konsum und Verbraucherschutz nutzen zu können (Nachhaltigkeit und Verbraucherschutz by Design). Angesichts der Dynamik in dem Themenfeld wird insbesondere auf die Frage nach kurzfristig umsetzbaren, kompakten Governance-Formaten zur Förderung der partizipativen und politischen Lernprozesse fokussiert und eine Konzeption von Governance Innovation Labs entwickelt. Zudem sollen Umsetzungsbedingungen von Governance Innovation Labs abgeleitet werden.

Zum Erreichen des Forschungsziels wird im Forschungsvorhaben insbesondere der folgenden leitenden Frage nachgegangen:

Wie können **kompakte und kollaborative Governance-Formate** ("Governance Innovation Labs") geschaffen werden, die ein schnelles Lernen zu **neuen Ansätzen zur nachhaltigen Gestaltung des digitalen Wandels** ermöglichen?

Die leitende Hypothesen der Studie sind:

- Die aktuelle **Plattformregulierung** durch öffentliche Institutionen auf nationaler und europäischer Ebene **adressiert die ökologische Transformation des Konsums** über Plattformen bisher **nur unzureichend**. Die bestehenden **Politikprozesse sind derzeit nicht** ausreichend **dynamisch, transparent und leistungsfähig gestaltet**.
- Es bedarf der Entwicklung von **kompakten und kollaborativen Governance-Formaten**, um Gestaltungsansätze für die Plattformregulierung stärker auf Klima-, Umwelt- und Ressourcenschutz sowie Nachhaltigen Konsum auszurichten. In solchen Settings muss die Entwicklung von Gestaltungsansätzen dynamisch als Lernprozess angelegt sein, was entsprechende Experimentierräume erfordert, in denen öffentliche Institutionen und private Akteur*innen aus Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft zusammenarbeiten.

Das Vorgehen zur Erstellung der Kurzstudie kann in vier Phasen eingeteilt werden (vgl. Abb. 2). Die einzelnen Phasen werden nachfolgend kurz erläutert.

Arbeitsprozess

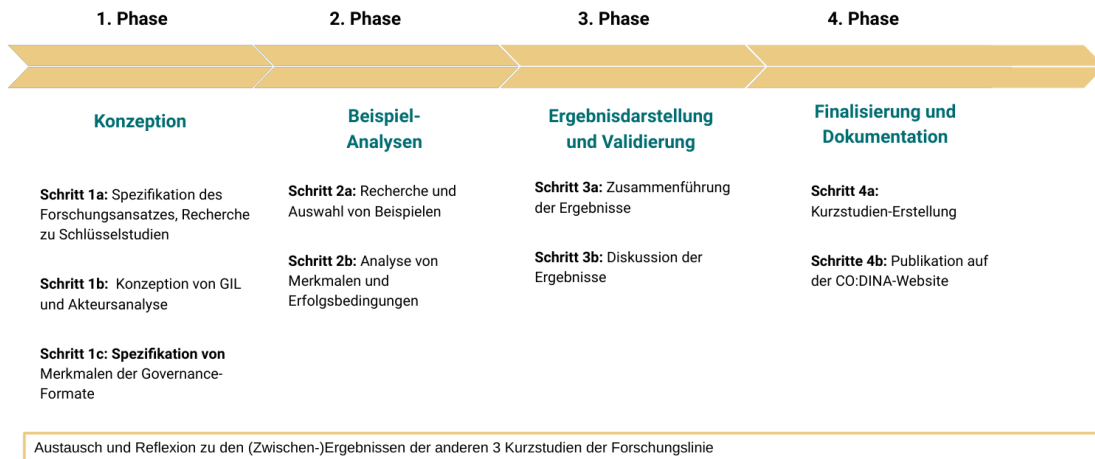


Abb. 2: Arbeitsphasen zur Erstellung der Kurzstudie (Quelle: Eigene Darstellung)

Phase 1: Konzeption

In der ersten Phase erfolgte die Konzeption durch die Spezifikation des Forschungsansatzes sowie die Identifikation von Schlüsselstudien. Darauf aufbauend erfolgte die Akteur*innenanalyse und die Spezifikation von Merkmalen von Governance-Formaten. Die folgende Tabelle 1 stellt die identifizierten Schlüsselstudien mit ihrem jeweiligen Fokus dar.

Tab. 1: Identifizierte Schlüsselstudien (Quelle: Eigene Darstellung)

Autor:in	Jahr	Titel	Fokus		
			Governance	Plattform- ökonomie	Nachhaltiger Konsum
Börzel & Risse	2005	Public-private partnerships: Effective and legitimate tools of international governance	x		
Mayntz	2009	Über Governance: Institutionen und Prozesse politischer Regelung	x		
Driessen et al.	2012	Towards a Conceptual Framework for The Study of Shifts in Modes of Environmental Governance – Experiences From The Netherlands.	x		
Kimbell	2015	Applying Design Approaches to Policy Making: Discovering Policy Lab	x		
Fuller & Lochard	2016	PUBLIC POLICY LABS IN EUROPEAN UNION MEMBER STATES	x		
Ossewaarde & Reijers	2017	The illusion of the digital commons: 'False consciousness' in online alternative economies		x	
Mayer-Ries, J.	2018	Government Innovation Lab: Ein Vorschlag zur Stärkung der ministerienübergreifenden Erschließung von Zukunftsthemen	x		
Brock	2019	Government and Non-profit Collaboration in Times of Deliverology, Policy Innovation Laboratories and Hubs, and New Public Governance	x		
Batory & Svensson	2019	The fuzzy concept of collaborative governance: A systematic review of the state of the art.	x		
McGann et al.	2021	Innovation labs and co-production in public problem solving	x		
WBGU	2019	Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (2019): Unsere gemeinsame digitale Zukunft		x	
Geibler & Stelzer	2020	Reallabore als umweltbezogenes Politikinstrument	x		
Hinrichs-Krapels et al.	2020	Using Policy Labs as a process to bring evidence closer to public policymaking: a guide to one approach	x		
Di Giulio & Defila	2020	Charakterisierung eines kompakten, transdisziplinären und transformationsorientierten Dialogformats für die Bearbeitung von Nachhaltigkeitsthemen	x		
Micklitz et al.	2020	Onlinehandel im Spannungsfeld von Verbraucherschutz und Nachhaltigkeit		x	x
Dijk	2020	Governing digital societies: Private platforms, public values.		x	
BMUV	2020	Umweltpolitische Digitalagenda		x	x
European Commission	2021	Better Regulation Guidelines	x		
Djeffal et al.	2022	Role of the state and responsibility in governing artificial intelligence: a comparative analysis of AI strategies.	x		
Büchel et al.	2022	Innovation in der Plattformökonomie		x	

Phase 2: Beispielanalyse

In der zweiten Phase wurden aufbauend auf einer Recherche Fallbeispiele auf nationaler und internationaler Ebene ausgewählt und in Hinblick auf die Merkmale analysiert. Zudem wurden Erfolgsbedingungen identifiziert.

Phase 3: Ergebnisdarstellung und Validierung

Die Phase 3 diente der Zusammenführung und Diskussion der Ergebnisse.

Phase 4: Finalisierung und Dokumentation im Rahmen der Kurzstudie

In Phase 4 wurden die Ergebnisse im Rahmen der Erstellung der Kurzstudie finalisiert und anschließend auf der CO:DINA Projekt-Website publiziert.

1.4 Wie ist der Bericht strukturiert?

Im Anschluss an die Einleitung (Kapitel 1) folgt zunächst die Konzeption der GIL (Kapitel 2). In der Konzeption wird sowohl das Potential von explorativen Governance-Ansätzen erläutert als auch eine kurze Politikfeldanalyse durchgeführt und Akteur*innen der Governance identifiziert. Zudem werden Merkmale von kompakten Governance-Formaten herausgearbeitet. In Kapitel 3 werden ausgewählte Beispiele kompakter Governance-Formate analysiert. Im Fazit (Kapitel 4) werden die Schlussfolgerungen zu Umsetzungs- und Gelingensbedingung des GIL im Hinblick auf die weiteren Schritte im CO:DINA Forschungslinie dargestellt.

2 Konzeption der Governance Innovation Labs

In diesem Kapitel geht es um die Konzeption von Governance Innovation Labs (GIL) zur Plattformregulierung. Zunächst wird ein Begriffsverständnis zu kollaborativen Governance-Ansätzen und Governanceakteur*innen dargestellt. Danach adressiert das Kapitel Herausforderungen bei der Einbindung privater Akteur*innen in die Politikgestaltung und damit zusammenhängende Fragen der Legitimität. Abschließend werden die definitorischen Merkmale von GIL eingegrenzt und Bezüge zu anderen Governance Formaten hergestellt.

2.1 Grundverständnis zu kollaborativen Governance-Ansätzen

Was ist Governance?

In der Politikwissenschaft wird Governance gemeinhin als **“verschiedene Formen der absichtsvollen Regelung kollektiver Sachverhalte”** begriffen (Mayntz, 2009, S. 8). Der Anwendungsbereich des Begriffs umfasst **“verschiedene territorial definierte politische Ebenen europäischer oder globaler Governance”**, lässt sich aber auch auf Unternehmen, Industrien und Volkswirtschaften beziehen. Oft wird der Governance-Begriff zur Bezeichnung von **nicht-hierarchischen Formen der Steuerung und Regelung gesellschaftlicher Sachverhalte** unter Beteiligung von privaten, zivilgesellschaftlichen und korporativen Akteur*innen herangezogen (ebenda).

Governance kann verstanden werden als die **Einbindung in staatliche Steuerung und Entscheidungsprozesse**, die über die bloße Stimmabgabe bei Wahlen hinausgeht (Stichwort: **“good governance”** und **“aktivierender Staat”** – Clausen & Fichter, 2019, S. 34; vgl. auch Hamedinger, 2021). Die **“Steuerungsadressaten”, “Herrschaftssubjekte”** oder **“Herrschaftsunterworfenen”** wirken in verschiedenen Regelungsfeldern am gesellschaftlichen Gemeinwohl und bei der Lösung von Problemen mit (Mayntz, 2009, S. 8). Im Sinne evidenzbasierter Governance-Prozesse werden verhaltenswissenschaftliche Erkenntnisse, die auch mittels Experimenten gewonnen werden, sowie die Steuerungsadressaten selbst verstärkt in Entscheidungsfindungsprozesse und in die Formulierung von *policies* einbezogen (Abbott & Snidal, 2021; Kimbell, 2015). Seine Grenze erreicht **good governance** und der **“aktivierende Staat dort, wo eine verantwortliche Mitarbeit gesellschaftlicher Akteur*innen nicht stattfindet”** (Clausen & Fichter 2019, S. 34).

Neuere, explorative Governance-Ansätze gehen über die bloße Einbeziehung von privaten, zivilgesellschaftlichen oder korporativen Perspektiven hinaus. Sie ermöglichen **soziales, zielorientiertes, gegenseitiges und reflexives Lernen durch gemeinsames und ko-kreatives Gestalten**. Sie stehen in Zusammenhang mit der Entwicklung des modernen Nationalstaates von einem Interventionsstaat zu einem kooperativen Staat, in dem Mitwirkung, Beteiligung und Partizipation einerseits einem Wohlfahrtseffekt gleichkommen und sich andererseits die Legitimität staatlicher Steuerung erhöht (Mayntz, 2009, S. 11). Sie markieren eine Wende von der traditionellen öffentlichen Verwaltung hin zu einem "new public management (NPM)" oder zur "new public governance (NPG)", die die Beziehung zwischen öffentlicher Verwaltung und nicht-staatlichen Akteur*innen neu definiert (Brock, 2019, S. 257). Neue Governance-Ansätze fördern auch das Selbstverständnis politischer Subjekte als Bürger*innen und erweitern es um die praktischen Implikationen von Bürgerschaftlichkeit und zivilgesellschaftlichem Engagement in der (lokalen) Verwaltung genauso wie beim Austausch mit Regierungsvertreter*innen (Reddel & Woolcock, 2004).

Batory und Svensson (2019a, S. 30) identifizieren **fünf Dimensionen**, entlang derer kollaborative Governance-Ansätze definiert und ihre Reichweite und Kollaborationstiefe untersucht werden können: In der **ersten Dimension** wird die Dichotomie zwischen öffentlichem und privatem Engagement aufgebrochen und grundsätzlich erst einmal **Kollaboration** ermöglicht. Der Fokus hier liegt also auf der Brückenfunktion von neuen Governance-Ansätzen; in der **zweiten Dimension** geht es um die Frage nach der **agency von Personen und der Initiativkraft**, also z.B. um die Frage, ob staatliche Akteur*innen den Innovations- und Kollaborationsprozess anstoßen, oder ob der Impuls von der (organisierten) Zivilgesellschaft oder Wirtschaft ausgeht. Die **dritte Dimension** fragt, ob neue Governance-Ansätze grundsätzlich als **multiorganisationale** Prozesse zu verstehen sind oder ob **auch Bürger*innen** als Individuen ko-kreativ in gemeinsames Handeln involviert werden. Die **vierte Dimension** betrifft den zeitlichen Aspekt, beschäftigt sich also mit der Frage, ob die Kollaboration als **permanenter oder aufgabenorientierter Austausch** zu verstehen ist. Die **fünfte Dimension** fragt nach dem Vorhandensein einer **normativen** Ausrichtung und dem öffentlichen, staatskomplementären Zweck der Kollaboration.

Horst Rittel und Melvin M. Webber (1973) haben komplexe gesellschaftliche, soziale, ökologische und ökonomische Herausforderungen, die oft auch interdependente

Sachverhalte und Akteur*innengruppen zusammenbringen, in der Formulierung von Policies als **“wicked problems”** bezeichnet. Solche komplexen Probleme sind meist globaler Natur und umfassen Themenkomplexe wie den Klimawandel, den Biodiversitätsverlust aber auch globale Gesundheits Herausforderungen, wie die Corona-Pandemie oder grundsätzliche Probleme, wie soziale Ungerechtigkeit oder Arbeitslosigkeit. Es sind Probleme, die inter-organisationaler, interministerieller und kollaborativer Lösungsansätze auf mehreren Politikebenen (national, supranational, international) bedürfen (Bianchi et al., 2021, S. 1581).

Geprägt wurde die Idee der “new public governance” durch den **deliverology-Ansatz**, den Barber (2015) formulierte. Der Ansatz zielt darauf ab, Regierungshandeln und staatliche Entscheidungsfindung zu reformieren. Im Sinne evidenzbasierter Politikgestaltung werden Messungen und Bewertungen während des gesamten Prozesses des Politikzyklus einbezogen. Die Feststellung eines Reformbedarfs rührt aus den Anforderungen her, die komplexe Probleme und multiple Krisen hervorrufen. Tenor ist, dass Politik insgesamt leistungsfähiger werden muss (Ramesohl et al., 2022, S. 54ff.). Entscheidungen müssen agiler und schneller herbeigeführt werden, um mit der Schnelligkeit technischer Entwicklungen Schritt zu halten (Fritzsche et al., 2022, S.13, 54; Ramesohl et al., 2022, S. 66ff.). Die ministerielle Kompartimentalisierung sowie Know-how Defizite in bestimmten Bereichen, wie der Digitalisierung, müssen überwunden werden (Bianchi et al., 2021, S. 1583). Problemlagen an Schnittstellen politischer Zuständigkeitsbereiche, wie die zwischen Verbraucher*innenschutz, Umweltschutz und Digitalisierung, bringen zudem besondere Herausforderungen mit sich, die nur mit einem **whole-of-government approach**, also einem institutionenübergreifenden Ansatz gelöst werden können. Mayer-Ries (2018, S. 5) bezeichnet die “Organisationsform der deutschen Ministerialverwaltung [im] preußischen Prinzip der Eigenständigkeit jedes Ministeriums” als “nicht angemessen für diese komplexen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts”.

2.2 Akteur*innen der Governance

Grundsätzlich kann festgestellt werden, dass die neuen Governance-Ansätze **wertebasiert und lösungsorientiert** ausgerichtet sind, und oft – bezogen auf diese Prämissen – idealisiert werden (Batory & Svenson, 2019a; Batory & Svenson, 2019b). Jede **Öffnung** staatlicher Entscheidungsfindung und Policy-Formulierung in Richtung nicht-staatliche Akteur*innen **erhöht deren Legitimität**, birgt andererseits aber auch die **Gefahr der Vereinnahmung** durch bestimmte

machtvolle gesellschaftliche Gruppen (Lobbyismus/ Populismus – Batory & Svenson, 2019b) oder konsenserschwerender Zielkonflikte. In Zusammenhang mit ersterem wird eine Auseinandersetzung mit Formen des “regulatory capture” (Flower, 2015; Lefebvre & Martimort, 2022) bedeutsam, der in Abschnitt 4.1 bei den Herausforderungen für ein GIL wieder aufgegriffen wird.

Eine kurze Politikumfeldanalyse ergab vier Akteur:innengruppen mit Relevanz für GIL:

1. Nicht-Regierungsorganisationen, wie z.B. Germanwatch, inkl. Verbraucher*innen-Vertretungen⁴
2. Akteur*innen aus der Wirtschaft bzw. Wirtschaftsverbänden. Hierzu zählt auch die Gruppe der Plattformen selbst, wie z.B. Amazon, Google, Otto, Zalando, Avocado Store, Facebook, Instagram etc.
3. Expert*innen aus der Wissenschaft, etwa den Rechts- und Politikwissenschaften sowie Technikexpert*innen.
4. Politische Akteur*innen auf Ebene der Ministerien bzw. relevanter Referate sowie Abgeordnete der Parteien, die als Botschafter*innen für das Thema agieren und zur Sensibilisierung der Öffentlichkeit beitragen können.

Bei der Auswahl der Akteur*innen des GIL sollte auf thematische Relevanz für das Thema Online-Konsum und Nachhaltigkeit geachtet werden. Auf Grund der Komplexität und globalen Verwobenheit von Herausforderungen der nachhaltigen Plattformökonomie, können in GIL angestoßene nationale Policies und Programme nur eine begrenzte Reichweite haben. Eine Ausweitung des GIL auf die supranationale oder internationale Ebene ist daher wünschenswert. Laut Geibler und Gnanko (2022, S. 41) können Akteur*innen(-gruppen) darüber hinaus bestimmten Maßnahmentypen zugeordnet werden, wie z.B. ihrer Rolle bei der Vorbereitung von Regulation und Gesetzesentwürfen, bei der Erarbeitung technischer Maßnahmen

⁴Ein Working Paper des SVRV (Oehler & Reisch, 2016) beschreibt die Entwicklung eines neuen Leitbildes des Begriffs des Verbrauchenden: “In Politik und Wirtschaft dominiert bis heute oft das Leitbild des „mündigen Verbrauchers“: Verbraucher sollen ihre Entscheidungen selbstbestimmt und wohlinformiert treffen, ohne von anderen bevormundet zu werden. Insbesondere die jüngere verhaltensökonomische Forschung zeichnet das eher realistische Bild eines überlasteten, zeitknappen, nicht omni-kompetenten, nicht immer interessierten und disziplinierten Verbrauchers. Zudem vereinen sich im Verbraucherverhalten die Erfahrungen und Erfordernisse vieler sozialer Rollen. Verbraucher müssen mit einem vielfältigen Rollenmix zu recht kommen: als Bürgerinnen und Bürger, Beschäftigte, Selbständige und als Koordinations-, Reparatur-, Versorgungs- und Einkaufsarbeit leistende Haushalts- und Familienmitglieder (vgl. Oehler, 2006, 2011; Micklitz et al., 2010)“.

oder entlang ihrer Bedeutung für Information und Kommunikation oder für die Förderung von Forschung und Entwicklung. Diese Zuordnungen sind dynamisch und fließend und insofern zu berücksichtigen, als dass sie der besseren Planung und Vorbereitung von Entscheidungen dienen.

Ein solches Clustering bei der Akteur*innenauswahl ist auch deshalb wichtig, weil unterschiedliche Verantwortlichkeiten bei der Umsetzung und der Initiierung von Maßnahmen identifiziert wurden. Die **Umsetzung** von Maßnahmen lag vor allem im Bereich von Hersteller*innen und Entwickler*innen, bei anwendenden Unternehmen oder bei Verbraucher*innen (seltener auch bei der Forschung). Die Initiierung hingegen lag überwiegend auf Seite der Politik (entweder durch die Bundesregierung, der europäischen Kommission oder dem europäischen Parlament). Zudem sind Wissenschaft und Forschung sowie Unternehmen als wichtige Initiator:innen der Maßnahmen identifiziert worden.

Auf der strukturell-institutionellen Dimension (Polity-Ebene) binden GIL multiple Akteur*innen möglichst gleichberechtigt ein, wobei der Handlungsimpuls sowohl vom Staat als auch von der Zivilgesellschaft oder der Wirtschaft kommen kann. Die politische Wirkungsebene basiert auf der Legitimität von Entscheidungen, auf einer Übereinkunft bzgl. Positionen und Prozessen und auf gemeinsam entwickeltem Wissen. Kollaborative Governance-Formate basieren auf Partnerschaftlichkeit, Vertrauen und Reziprozität (Gritsenko & Wood, 2020). Im Sinne der Ko-Kreation bzw. Ko-Regulation werden Ergebnisse und politische Leitplanken der Regulierung möglichst konsensual ausgehandelt (Börzel & Risse, 2005). Bestenfalls entstehen auf diese Weise in Governanceprozessen maßgeschneiderte und integrierte Lösungen und konkrete Instrumente (Policy-Ebene) (Jordan et al., 2005; Djefall et al., 2022).

Abb. 3 zeigt schematisch den Zusammenhang zwischen der Geschwindigkeit politischer Entscheidungen und dem Ausmaß bzw. dem Umfang der Einbindung von Zivilgesellschaft und Wirtschaft inklusive der darauf begründeten Legitimität neuer Governance-Ansätze mit Beteiligung nichtstaatlicher Akteur*innen. Die Abbildung illustriert, an welcher Stelle das GIL verortet werden kann, um in Bezug auf die Geschwindigkeit bei der Stärkung von Umweltpolitik im digitalen Raum besonders effizient zu sein und in Bezug auf die Zielerreichung - der agilen Ko-Kreation von Lösungen - effektiv zu sein.

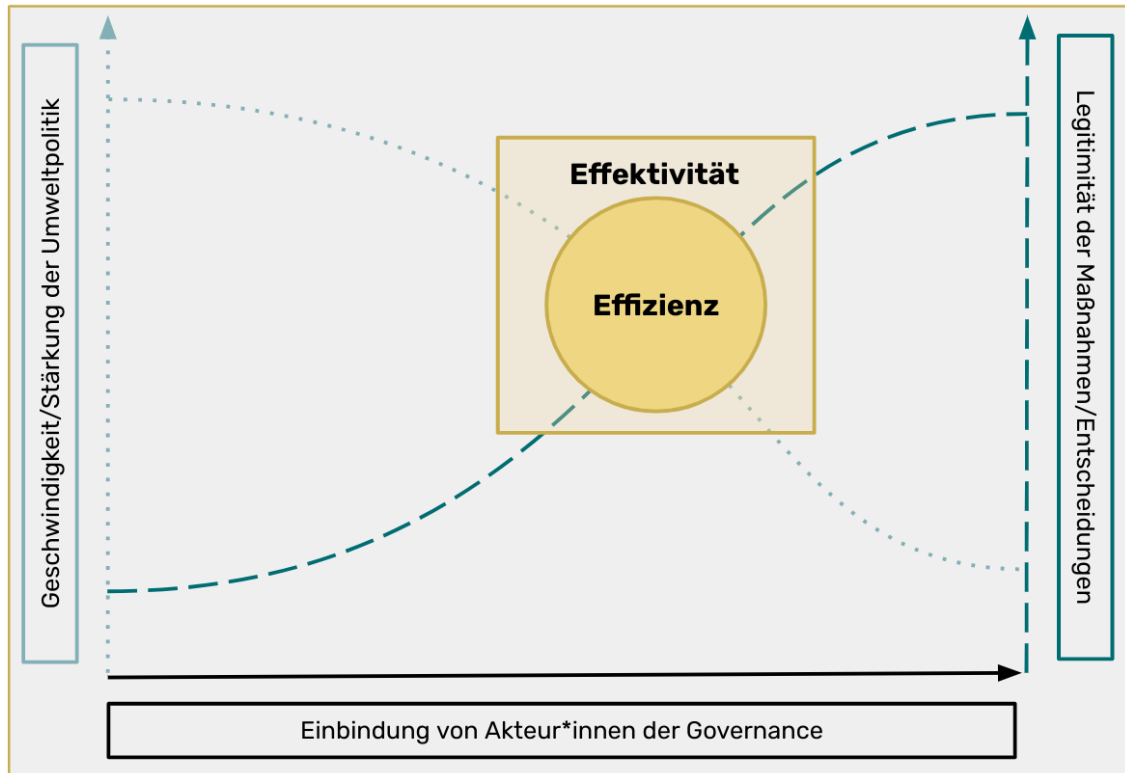


Abb. 3: Schematische Darstellung des Zusammenhangs von Legitimität, Einbindung und Effizienz in Governance-Prozessen (Quelle: Eigene Darstellung, basierend auf Geibler (2010, S. 245), Vallejo & Hauselmann (2005, S. 5))

Die Abbildung 3 erläutert auch, wie die Öffnung politischer Entscheidungsprozesse deren Legitimität erhöht. Gleichzeitig wird durch die wachsende Anzahl von Perspektiven und (Be-)deutungen die Geschwindigkeit von Entscheidungen gedämpft. Um innerhalb kollaborativer Governance-Formate eine tragfähige Balance zwischen Legitimität und Geschwindigkeit herzustellen und gleichzeitig multiplen Zielkonflikten im Bereich der Nachhaltigkeit adäquat zu begegnen, ist eine kontinuierliche, reflexive wissenschaftliche Begleitung und Weiterentwicklung neuer Politikformate notwendig.

2.3 Governance Innovation Labs als kollaboratives Governance-Format

Im Folgenden wird zunächst eine Definition von Governance Innovation Labs (GIL) hergeleitet. Anschließend werden wesentliche Merkmale eines GIL erläutert und Bezüge zu anderen Governance-Formaten hergestellt.

2.3.1 Definition von Governance Innovation Labs

Für Herausforderungen an der Schnittstelle zwischen Nachhaltigkeit, Verbraucher*innenschutz und Digitalisierung bedarf es einer **Erweiterung des Verständnisses von Politikberatung**. Diese wird bis dato oft als ein linearer Prozess verstanden, bei dem fachspezifische wissenschaftliche Expertise oft punktuell und thematisch begrenzt bereitgestellt wird (Mayer-Ries, 2018, S. 8). Auch die Zivilgesellschaft und Wirtschaft werden ebenfalls punktuell und thematisch begrenzt konsultiert. Entscheidende Schritte im Politikzyklus, wie der Transfer des Wissens in die politische Praxis, beim Impact-Assessment oder beim Monitoring und der Evaluation, bleiben unbegleitet.

Ein **reflexives und ko-kreatives Verständnis von Governance** entfernt sich deshalb von der Annahme, dass politische Entscheidungsträger*innen politisch-regulatorische Instrumente als funktionale Werkzeuge zur reinen top-down Steuerung und Regulierung einsetzen (vgl. Titmuss, 1974, S. 23). Im Gegenteil hat sich mit der Entwicklung neuer kollaborativer Governance-Ansätze die Idee durchgesetzt, dass Policies und politische Programme lebendige Orte der Politik sind (Shore & Wright, 1997). Kimbell (2015, S. 44) betont die Bedeutung ethnographischer Methoden, um verhaltenswissenschaftliche Erkenntnisse sowie (Be-)deutungsmuster oder -gewebe (vgl. auch Winterberg, 2017) und Sinnstrukturen innerhalb von Diskursen und sozialen Praktiken zu identifizieren und gewinnbringend in Policy Labs und GIL zu integrieren. Durch umfassendere Einbeziehung von menschlichem Verhalten und Bedeutungssystemen in der Formulierung und Implementierung politischer Lösungen in Policy Labs und GIL kann die Reaktion auf Interventionen besser antizipiert werden⁵. Dadurch werden die Resultate politischer Interventionen verbessert und ihre Legitimität erhöht (Baggio et al., 2021, S. 667).

Daraus ergibt sich folgende Arbeitsdefinition:

Governance Innovation Labs sind kompakte und kollaborative Governance-Formate, in denen neue Gestaltungsansätze im multi-organisationalem Austausch gemeinsam erarbeitet werden. Für den Einbezug von fachlichen Einzelperspektiven werden Vertreter*innen aus der (organisierten) Zivilgesellschaft, Wirtschaft, Wissenschaft und Politik (aus verschiedenen Ministerien/Ressorts) einbezogen. GIL dienen der zeitlich begrenzten

⁵ Auf EU-Ebene kommen solche partizipativen Prozesse bspw. während legislativer Initiativen zum Einsatz. Das EU Competence Center on Foresight nutzt verhaltenswissenschaftliche Erkenntnisse und partizipative Politikprozesse im Rahmen der Modellierung und Entwicklung von Zukunftsszenarien.

Brückenfunktion zwischen öffentlichem und privatem Engagement und haben einen normativ ausgerichteten und im öffentlichen Interesse stehenden Zweck (z.B. Plattformregulierung für Klima- und Ressourcenschutz durch Nachhaltigen Konsum).

Wie Di Giulio & Defila (2020, S. 8) bereits in ihrer DNS-Lab (Lab zur Weiterentwicklung der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie) Hintergrundstudie hervorheben, ist die Abgrenzung der **Begriffe "Format" und "Methode"** wichtig. Auch für die weitere Konzeption von GIL ist diese Differenzierung entscheidend. Nach Di Giulio & Defila (2020, S. 8) ist eine Methode ein ganz konkretes und geplantes Vorgehen (bspw. ein Fokusgruppengespräch), welches dazu dient, ein vorab gesetztes Ziel zu erreichen. Ein Format hingegen ist nicht so scharf definiert. Der Begriff kann verwendet werden, um auf einen übergeordneten Rahmen hinzuweisen, der für verschiedene konkrete Vorhaben gleichermaßen gilt. Zum Beispiel kann die Forschung in Reallaboren als ein verschiedene Methoden umfassendes Format verstanden werden (vgl. Schöpke et al., 2017; Schöpke et al., 2018; Rose et al., 2019). Der übergeordnete Rahmen bietet unterschiedlichen Vorhaben eine gemeinsame Identität, da vermittelt wird, dass Gemeinsamkeiten oder eine Verbindung zwischen verschiedenen Vorhaben bestehen (bspw. zwei Reallabore mit unterschiedlichen Themen vereint die Gemeinsamkeit, dass beide Reallabore sind) (Di Giulio & Defila 2020, S. 8). Mithilfe des Format-Begriffs können auch Aussagen, die sich auf das Format Reallabor beziehen, von Aussagen differenziert werden, die auf ein individuelles Reallabor verweisen. Ein Format kann zudem vorgeben, welche Methodenauswahl für ein konkretes Vorhaben zu treffen ist. Nach Di Giulio & Defila (2020) bietet es sich außerdem für bestimmte Formate an, das Format zunächst anhand bestimmter Merkmale zu schärfen und erst in einem zweiten Schritt methodenbezogener Entscheidungen zu treffen.

2.3.2 Merkmale von Governance Innovation Labs

Die Merkmale von Governance Innovation Labs orientieren sich an den Vorschlägen von Di Giulio und Defila (2020) für kompakte, transdisziplinäre und transformationsorientierte Governance-Formate zur Generierung von Lösungsansätzen im Nachhaltigkeitsbereich. Hier werden **Ziele, Qualitätskriterien, gestaltungsrelevante Bedingungen** und **methodische Umsetzungen** beschrieben, die nachfolgend auch für Governance Innovation Labs herangezogen werden sollen.

Zu den **Zielen von GIL** gehören demnach, einerseits die **Exploration von relevanten Themen**, Anknüpfungspunkten und Denkanstößen für die nachhaltige

Plattformökonomie und andererseits die wissenschaftliche **Erkundung von Transformationspfaden**, die Impulse für eine gesamtgesellschaftliche Transformation zur Nachhaltigkeit im Themenfeld Digitalisierung und Nachhaltigkeit bzw. Plattformökonomie und nachhaltigem Konsum geben (vgl. Di Giulio und Defila 2020, S. 9). Generiertes Wissen sollte **wissenschaftlich begründet** und in eine **Synthese** integriert werden, so dass die Ergebnisse für alle Teilnehmenden eines GIL **anschlussfähig** sind und Ownership ermöglichen (vgl. Di Giulio und Defila 2020, S. 10).

Neben Ownership sind weitere Qualitätskriterien im Sinne transdisziplinärer Transformationsforschung v.a. die **Vielfalt der Expertise, gegenseitiges Verständnis und Akzeptanz, Experimentierfreudigkeit, Ergebnisverwertung sowie eine inhaltsreiche Moderation** (vgl. Di Giulio & Defila 2020, S. 10f) zu nennen.

Die **gestaltungsrelevanten Bedingungen** für Dialog-Formate umfassen basierend auf Di Giulio und Defila (2020, S. 12):

- eine **kompakte Dauer**, mit **deutlichen Ergebnissen**
- eine **handhabbare Gruppengröße** zwischen 10-30 Personen
- die bewusste Schaffung eines spezifischen sozialen Kontextes, bei dem **punktuell eine künstliche Dialoggruppe** gebildet wird
- die Einnahme einer **Mehrebenen-Perspektive** (in, mit und durch Deutschland)
- die Ausrichtung auf ein **normatives Ziel** und einen **gemeinsamen Orientierungspunkt**

Die bereits als Qualitätskriterium erwähnte **inhaltsreiche Moderation** hat auch eine **thematisch-methodische Dimension** (Di Giulio & Defila 2020, S. 11). Eine inhaltsreiche Moderation hat die Aufgabe, Beiträge der Beteiligten zur Synthese zu beurteilen und einzuordnen, selbst einen möglichst soliden inhaltlichen Beitrag zur Synthese zu leisten und ergebnisoffen zu sein (ebenda). Methodisch sollte sie kognitive Syntheseprozesse ermöglichen und alle Beteiligten dazu anregen, die eigenen fachlichen Ansichten zur kritischen Diskussion zu stellen. Zusätzlich hat die inhaltsreiche Moderation eine **sozial-kommunikative Dimension** und ist dazu angehalten, Kommunikationsbarrieren zwischen den Beteiligten zu erkennen und diese abzubauen (ebenda).

Weitere methodische Kriterien zur Umsetzung eines transformativen Dialogformates beziehen sich auf die **gute inhaltliche Vorbereitung**, um **kompaktes Wissen** zu generieren und bestenfalls **politisch-rechtliche Entscheidungsfindungen** zu

erleichtern. Dazu muss ein Literaturkorpus mit dem Ziel eingegrenzt und durchgearbeitet werden, den **gesamtgesellschaftlichen Diskurs** zum Themenfeld zusammenzutragen und bereits vor Durchführung des Formats **analytisch aufzuarbeiten** (vgl. Di Giulio & Defila 2020, S. 13).

Ausgehend von diesen Konzeptionen auf Kollaboration und Ko-Kreation ausgelegter Formate lässt sich für GIL festhalten, dass sie einen explorativen Moment der Offenheit und Kreativität beinhalten. Solche Formate bringen damit zwei Aspekte in politische Prozesse, die bisher hier keine oder nur eine implizite Rolle gespielt haben: Sie **inkorporieren kreative, output- und lösungsorientierte Elemente in demokratische Entscheidungsfindung** (Asenbaum & Hanusch, 2021).

GIL bieten im Sinne des **'agile policy making'** einen dynamischen und kollaborativen Rahmen des **regulativen Lernens**, der neue Akteur*innen miteinander vernetzt und Kompetenzen mobilisiert sowie Lernprozesse am Interface zwischen Politik, Zivilgesellschaft und Wirtschaft auch kurzfristig ermöglicht.

In einem iterativen Lernprozess können kollaborative Governance-Formate anlassbezogen und an verschiedenen Stellen im Politikzyklus gezielt genutzt werden, um Visionen zu entwickeln, Best-Practices zu erproben und Forerunner zu testen.

- GIL ermöglichen neues, regulatorisches Wissen durch Experimentieren zu generieren und alternative rechtliche Anreizmechanismen, gesetzliche Neuerungen oder Innovationen auf Verwaltungsebene zu erproben - **Erprobung von Innovation**
- GIL ermöglichen agile Zusammenarbeit im Politikzyklus nicht nur im Frühstadium, sondern auch später beim Monitoring und der Evaluation in der Anwendungs- und Implementierungsphase zur Gesetzesfolgenabschätzung - **regulatives Lernen**

Um eine **themenrelevante und fokussierte, aber auch differenzierte Wissensproduktion** (Roadmapping/Visionsentwicklung) im GIL sicherzustellen, ist es ratsam, **ca. 30 Teilnehmende einzuladen**. Diese Gruppengröße ist groß genug, um möglichst differenzierte **disziplinen- und praxisübergreifende Perspektiven** abzudecken. Gleichzeitig überschreitet die Gruppengröße nicht ein **handhabbares Maß**, was bspw. Koordination, Durchführung und v.a. Moderation und gemeinsame Erarbeitung von (Lösungs-)ansätzen angeht, die teilweise auch aus konfliktives Wissen und Lösungen integrieren müssen. Das GIL sollte sich zu jeweils **ungefähr einem Drittel aus Verwaltung/Politik (30%), Wissenschaft (30%) und Zivilgesellschaft und Wirtschaft (jeweils 15%) zusammensetzen** (wpn2030,

2021a, S.2). Weitere, u.U. radikalere Ansätze, die regulatives Lernen in GIL zu stark ausbremsen würden und Entscheidungsfindungen in **schwierigen Zielkonflikten** zu verhärten drohen würden, können vor und nach Durchführung des GIL durch **Expert*inneninterviews** abgebildet werden. Für die Schaffung eines sicheren Experimentierraumes bzw. eines Raumes der offene Wissensproduktion ermöglicht, wird vorgeschlagen, auf die Chatham-House-Rule⁶ zurückzugreifen.

2.3.3. Bezug zu anderen Governance-Formaten

Im Folgenden werden einige zentrale Governance- und Ko-Kreations-Formate näher erläutert, die starke Bezüge zu GIL haben.

Government Innovation Labs

Die oben genannte Arbeitsdefinition von Governance Innovation Labs ist in Anlehnung an Meyer-Ries' (2018, S. 19-20) Konzeption der **Government Innovation Labs** entstanden. Mayer-Ries (2018) verwendet den Begriff der Government Innovation Labs und versteht darunter in erster Linie als **Reformmodell für Ministerien**, bei dem der "strategische, konzeptionelle, methodische und prozedurale Austausch über Abteilungs- und Ressortgrenzen und damit auch fachliche Einzelperspektiven hinweg im Vordergrund" steht. Da komplexe und multidimensionale Herausforderungen **kreativer und innovativer Lösungen** bedürfen und ministerielle Deutungslogiken sprengen, müssen Lösungen aber mit einer gewissen Offenheit aufgegriffen werden. Dies macht einerseits eine **"ressortübergreifende [strategische] Vorausschau"**⁷ (Meyer-Ries, 2018, S. 13) und "Politikentwicklung" (ebenda, S. 16) nötig, kann sich aber nicht auf diese beschränken.

Government Innovation Labs verfolgen in erster Linie das Ziel, ein "Ort des Austauschs" zu sein und "einen Reflexions- und Erfahrungsraum für Mitarbeiter*innen innerhalb des ministeriellen Systems" zu bieten (Mayer-Ries, 2018, S. 21). Sie ermöglichen den Austausch, die Vernetzung und das capacity building in der politischen Administration. Sie unterstützen die Förderung und Verstetigung einer ressortübergreifenden strategischen Vorausschau zur Identifizierung und Einordnung mittel- und langfristiger politikfeldübergreifender Herausforderungen. Zudem

⁶ "When a meeting, or part thereof, is held under the Chatham House Rule, participants are free to use the information received, but neither the identity nor the affiliation of the speaker(s), nor that of any other participant may be revealed" (https://www.chathamhouse.org/about-us/chatham-house-rule?gclid=EAlaIqobChMIwcGT0Z6r_QIVBoKDBx2-4Qs1EAAYASAAEgKDu_D_BwE)

⁷ Für dieses Verständnis von GIL verwendet Meyer-Ries (2018, S. 114) in einer Fußnote auch den Begriff des *joined-up-government* oder des *integrativen/coordinated government*.

ermöglichen sie die ressort- und ebenenübergreifende Zusammenführung lokaler, nationaler bis hin zu internationalen Perspektiven.

Neben den **Government Innovation Labs** hat die Konzeption von GIL⁸ Elemente Bezüge zu bereits beschriebener, kollaborativer Governance-Formate und deren Gelingensbedingungen, wie beispielsweise einer Vielzahl von **Policy Labs**, die bereits europaweit durchgeführt wurden und den **Reallaboren** für eine umweltgerechte Digitalpolitik, die Geibler und Stelzer (2020) beschrieben haben.

Policy Labs und Policy Living Labs

Auch unter dem Begriff der **“Policy Labs”** oder **“Policy Living Labs”** werden partizipative Ansätze zur Entwicklung und Umsetzung von politischen Maßnahmen gefasst. In einem Bericht des Joint Research Center der Europäischen Kommission werden bereits im Jahr 2016 insgesamt 65 **Policy Labs** allein in Europa gezählt und kartiert (Fuller & Lochard, 2016). Zu den Kernmerkmalen von policy Labs gehören⁹:

- akteur*innenzentriertes bzw. bürger*innenzentriertes, experimentelles, exploratives Lernen für Policy Innovationen - **design-thinking im design-thinking im policy-making Prozess** (Kimbell, 2015; Mintrom & Luetjens, 2016).
- Kollaborationen sind **konstruktiv, normativ sowie ziel- und lösungsorientiert.**
- Interventionen beziehen Akteure und Menschen mit ihren alltäglichen **Praktiken und Routinen** ein.
- entwickelt und erforscht Ideen im Frühstadium durch iteratives Prototyping und modellhaftes Testen - **impact assessment.**

Der Double-Diamond

Der Double-Diamond ist die Abbildung eines Designprozesses, der von der britischen Designagentur Design Council im Jahr 2003 entwickelt wurde (vgl. Design Council 2023). Er besteht aus vier Phasen (Discover, Define, Develop, Deliver), die iterative und divergierende sowie konvergierende Schritte umfassen, um kreative Lösungen zu generieren. Er soll helfen, von abstrakten

⁸ (Artinger et al., 2018; Bauknecht et al., 2019)

⁹ vgl. Clarke & Craft, 2018; Geibler & Stelzer, 2020; Hinrichs-Krapels et al., 2020; Kimbell, 2015; Lewis et al., 2019; McGann et al., 2018; McGann et al., 2021; Mintrom & Luetjens, 2016; UNDP, 2018

Zielvorstellungen zu anwendungsorientierten Lösungsvorschlägen zu gelangen. Bei der Beschreibung von Problemen einerseits und bei der Suche nach Lösungen andererseits entstehen im Double-Diamond Ansatz jeweils öffnende und schließende Phasen: "Öffnen" bedeutet, etwas zu erkunden oder zu hinterfragen, um neue Erkenntnisse zu sammeln. "Schließen" bedeutet, das neue Wissen zu strukturieren, zu verstehen und zusammenzuführen" (vgl. Abbildung 4).

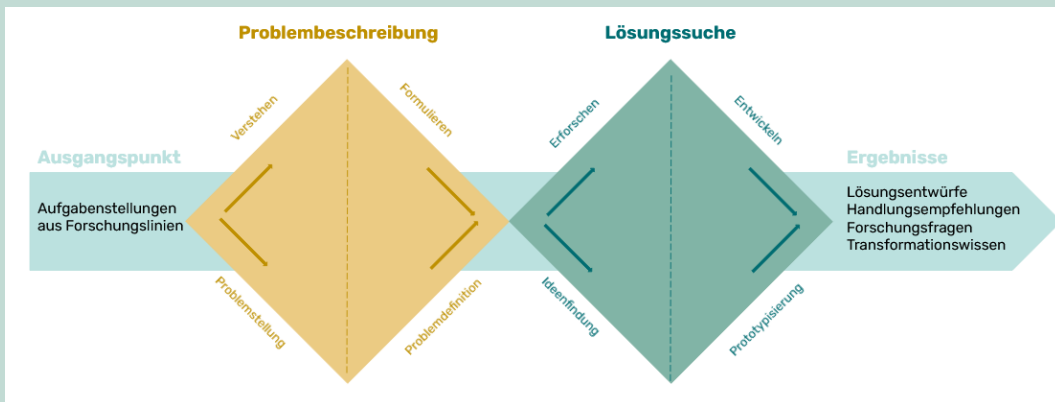


Abb. 4: Der Workflow eines "Policy Labs" (Quelle: eigene Darstellung auf Basis von Design Council 2023)

Der Ansatz kann helfen, iterative Lernprozesse in Policy Labs oder GIL zu ermöglichen, Entscheidungsprozesse zu dynamisieren und Innovationen oder neue Denk- und Verstehensweisen zu explorieren. Der Ansatz kann darüber hinaus als Phasenmodell dienen und helfen, gemeinsame lösungsorientierte Arbeit zu strukturieren. Als Vorschlag der Strukturierung der gemeinsamen Wissensproduktion in Gruppen bietet der Ansatz an, a) Probleme ergebnisoffen zu **erkunden** (Problemraum öffnende Phase), b) Probleme als solche zu **erkennen** und zu **identifizieren** (Problemraum schließende Phase, c) Lösungen zu **entwerfen** (Lösungsraum öffnende Phase) und d) Lösungen zu **erproben** (Lösungsraum schließende Phase).

Die Konnotation des "Living Labs" hebt die realweltliche Innovationsumgebung, in der verschiedene Akteur*innen zusammenkommen, um gemeinsam innovative Lösungen für gesellschaftliche Herausforderungen zu entwickeln (Liedtke et al., 2015, Geibler et al., 2018). Ein Beispiel für ein Policy Living Lab ist das "Barcelona Urban Lab", das in Barcelona, Spanien, eingerichtet wurde, um partizipative Stadtentwicklung zu fördern. Bürger*innen, städtische Behörden, Unternehmen und Forschungsinstitute

arbeiten zusammen, um innovative Lösungen für die Nutzung von öffentlichem Raum zu entwickeln (Acuto et al., 2019).

Der Policy (Living) Lab Ansatz bietet somit folgende Chancen für den Einsatz in GIL:

- **Problemverständnis schärfen:** Identifizierung von politikrelevanten Problemstellungen und Gestaltungspotentialen für die nachhaltige Digitalisierung.
- **Handlungsoptionen erschließen:** Entwicklung von innovativen Lösungsansätzen und Handlungsempfehlungen für den gesamten Politikzyklus (bspw. Eckpunkte für Strategien, Regulierung, etc.); ggf. Unterstützung bei möglichen Umsetzungsvorhaben.
- **Neue Allianzen bilden:** Vernetzung und Austausch zwischen staatlichen und gesellschaftlichen Akteur*innen sowie der Tech- und Umwelt-Szenen, Entwicklung neuer Interaktionsformate.
- **Innovationskultur fördern:** Förderung von neuen ko-kreativen Denk- und Arbeitsweisen im politischen Bereich als auch beschleunigter Transfer von Forschungsergebnissen in die Praxis.
- **Experimentelles Lernen ermöglichen:** Erprobung von Wissensbeständen sowie Produktion von neuem transformativen Wissen durch transdisziplinäres Zusammenarbeiten.

Reallabore für eine umweltgerechte Digitalpolitik

Reallabore für eine umweltgerechte Digitalpolitik wurden von Geibler und Stelzer (2020) beschrieben. Sie dienen als politisches Instrument einer transformativen Umweltpolitik. Im Politikzyklus können Reallabore zu verschiedenen Zeiten eingesetzt werden. Abbildung 5 zeigt, dass Reallabore im Zeitverlauf an verschiedenen Stellen zur Systemveränderung eingesetzt werden können. In den Transformationsphasen vom **Vorlauf** und der Veränderung in Nischen, über eine Phase der **Beschleunigung**, in der Innovation neuer Ideen und Nachhaltigkeitspfade auch die Exnovation bestehender Pfade bedeuten kann, bis zur Phase der **Stabilisierung**, in der ein neuer Gleichgewichtszustand herbeigeführt wurde, können Reallabore an verschiedenen Stellen staatlichen Handelns ausgeführt werden. Sie helfen bei der Erschaffung neuer **Dynamiken**, geben **Richtungssicherheit** und helfen der Politik, **neue Spielregeln** zu setzen. Reallabore sind explorativ und experimentell und umfassen eine iterative Wissensproduktion in der sich Feedback- und Lernschleifen an die jeweiligen Bedürfnisse und Akteur*innen-Strukturen anpassen (Borner & Kraft, 2018, S. 8). Grundsätzlich stellen Geibler und Stelzer (2020, S. 11) drei idealtypische Reallaboransätze vor:

1. Typus **Reallabor für soziale Nischeninnovationen** - den Fokalen Gegenstand bilden soziale Innovationen für realweltliche Probleme
2. Typus **Reallabor für (groß)-technische Innovationen** - den Fokalen Gegenstand bilden technische Lösungen für realweltliche Probleme
3. Typus **Reallabor für regulatives Lernen** - den Fokalen Gegenstand bildet die staatliche Regulation

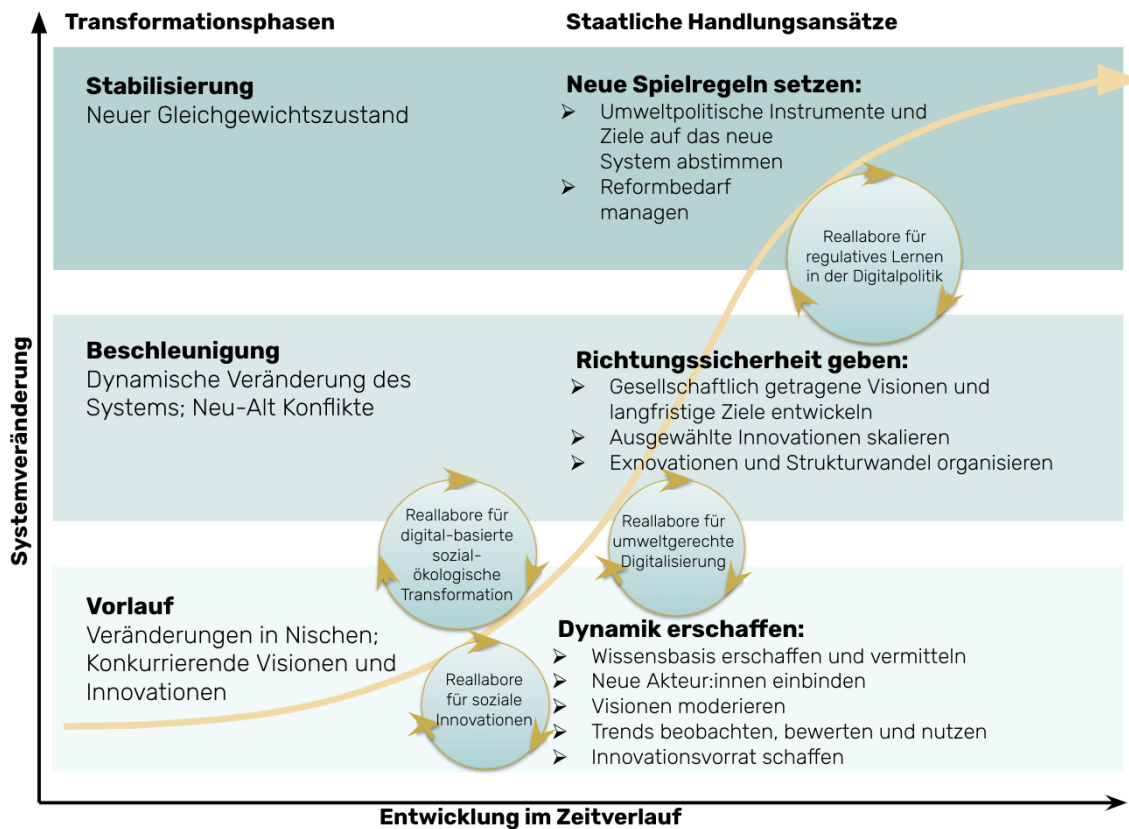


Abb. 5: Reallabore als Instrumente transformativer Umweltpolitik der Digitalisierung (angelehnt an Geibler & Stelzer 2020, S. 24, Quelle für Hintergrund: Wolff et al., 2018, basierend auf SRU, 2016)

In der Konzeption von GIL liegt ein besonderes Interesse beim Typus 3 - dem Reallaboransatz für regulatives Lernen. Zentrale Akteur*innen sind hier Politik und Verwaltung¹⁰ und der Schwerpunkt im Politikzyklus liegt auf Ebene der Problemformulierung und des Agenda Setting (Die Bundesregierung, 2020; Geibler & Stelzer, 2020). Sie setzen bereits auf Ebene der Wissensproduktion an und sind thematisch, zeitlich und räumlich klar eingegrenzt und rechtlich abgesichert

¹⁰ Im Gegensatz zu "Planspielen", die einen Fokus auf Bürger*innenbildung und Kompetenzvermittlung an politische Subjekte legen.

(Bauknecht et al., 2019; Geibler & Stelzer, 2020). Ihr Ziel ist es, neues, transformatives Wissen zu generieren und regulatorisches Lernen zu ermöglichen (Geibler & Stelzer, 2020, S. 14; vgl. auch Bauknecht et al., 2019; Bulkeley & Castán Broto, 2013; Clausen & Fichter, 2019).

2.4 Zwischenfazit

Das Kapitel hat Governance Innovation Labs definiert als kompakte und kollaborative Governance-Formate, in denen neue Gestaltungsansätze im multi-organisationalem Austausch gemeinsam erarbeitet werden. Angrenzende Governance-Ansätze mit starken Bezügen zu GIL sind u.a. "Government Innovation Labs", "Policy Labs" bzw. "Policy Living Labs" und Reallabore. Wichtige Merkmale für die Beschreibung und Umsetzung von GIL sind a) Ziele und Qualitätsanforderungen, b) gestaltungsrelevante Bedingungen und c) methodische Umsetzung. Diese Merkmale sollen im Folgenden zur Analyse von ausgewählten Beispielen von erprobten Governance-Formaten dienen.

3 Beispiele für kompakte und kollaborative Formate in der Erprobung

Im folgenden Kapitel werden Beispiele für kompakte und kollaborative Governance-Formate erläutert, die derzeit bereits in der Erprobung und Umsetzung sind. Dazu gehören das DNS-Lab der Wissenschaftsplattform Nachhaltigkeit 2030 (Kapitel 3.1) und das UK Policy Lab (Kapitel 3.2). Das Kapitel 3.3 stellt weitere Beispiele für Ko-Kreations-Formate dar, die einen besonderen Bezug zur Plattformregulierung aufweisen.

3.1 Fallbeispiel "DNS-Lab" der WPN 2030

Das DNS-Lab ist ein Format der Wissenschaftsplattform Nachhaltigkeit 2030 (kurz: wpn2030) (wpn2030, 2021a). Dieses Format dient der Gewinnung von integriertem Wissen für die wirksame Umsetzung und Weiterentwicklung der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie (wpn2030, 2021a, S.1).

3.1.1 Ziele und Qualitätsanforderungen

Das Ziel des Formates ist die **Exploration neuer, aktueller Themen und Entwicklungen von Impulsen für die Transformation**. Das DNS-Lab fokussiert dabei, **experimentelles und transdisziplinäres Wissen** zu erarbeiten und Forschungs- und Handlungsbedarfe zu identifizieren. DNS-Labs sollen mit Hilfe von **wissenschaftlichen Methoden** (sowohl in der Vorbereitung als auch in der Durchführung und der Nachbereitung) transdisziplinäre Perspektiven integrieren und vereinen. Zudem dient das Format der **Erzeugung von integriertem Wissen**, welches für Dritte nachvollziehbar und insbesondere die Relevanz der Thematik und der Auswahl der Teilnehmenden gut ersichtlich sein soll (wpn2030, 2021a, S.3). DNS-Labs sollen regelmäßig in die Prozesse der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie integriert werden. Vor dem Hintergrund des Fallbeispiels des DNS-Lab "Politiken für nachhaltigen Konsum" spiegelt sich der sechste Punkt insbesondere in zwei zentralen Dokumenten wider: Dem Ergebnisdokument¹¹ sowie dem Impulspapier für den Staatssekretärsausschuss für nachhaltige Entwicklung¹² (siehe Abbildung 6).



Abb. 6: Ergebnis-Dokumente des DNS-Lab "Politiken für Nachhaltigen Konsum"

¹¹ https://www.wpn2030.de/wp-content/uploads/2021/11/2021_DNS_Lab_Nachhaltiger_Konsum_Dokumentation.pdf#

¹² https://www.wpn2030.de/wp-content/uploads/2021/05/Impuls_Staatssekretaerssausschuss_Nachhaltiger_Konsum.pdf

3.1.2 Gestaltungsrelevante Bedingungen

Die DNS-Labs werden nach Aussagen der wpn 2030 **ergebnisoffen** strukturiert und in einem geschützten Raum unter der sogenannten **“Chatham-House-Regel”** abgehalten (Di Giulio & Defila, 2020, S. 23; wpn2030, 2021a, S.2). Dadurch wird die Anonymität der Teilnehmenden des Formats durchweg geschützt. Das Format verfolgt einen inter- und transdisziplinären Ansatz, welcher verschiedene Akteur*innen aus Politik, Wissenschaft und Gesellschaft (je nach Thema und Ziel) inkludiert. Die Teilnehmenden arbeiten im DNS-Lab in einer sogenannten "künstlichen Gruppe" zusammen, die allein für das Format zusammengestellt wird.

In den DNS-Labs sollen **spezielle Fragestellungen in kurzer Zeit** (ca. 4,5-6,5 Stunden) wissenschaftlich analysiert werden. Dazu wird eine Gruppengröße zwischen 10-30 Personen anvisiert (Di Giulio & Defila, 2020). Die Gestaltung eines DNS-Lab lässt sich in drei Phasen unterteilen (siehe Abb. 7).

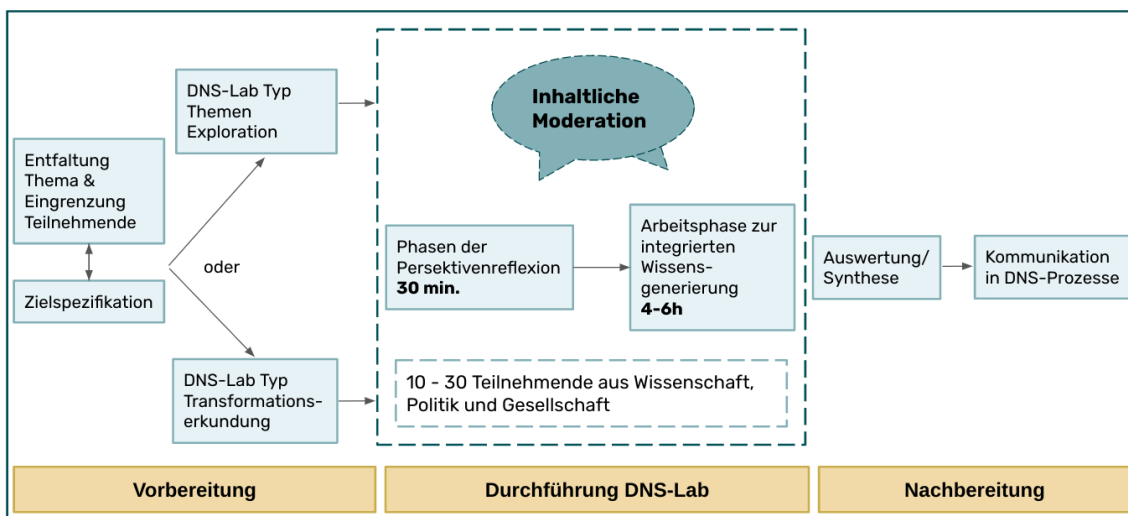


Abb. 7: Die Gestaltung eines DNS-Labs (eigene Darstellung, basierend auf wpn 2030, 2021a)

Das DNS-Lab “Politiken für nachhaltigen Konsum” ist das erste durchgeführte DNS-Lab und **diente dazu bestehendes Wissen** aus unterschiedlichen Forschungs- und Praxisbereichen zum Thema “Politiken für nachhaltigen Konsum” mit Hilfe eines transdisziplinären Prozesses **zusammenzutragen**, um es anschließend in Politik und Wissenschaft **einzuspeisen** (wpn 2030, 2021b). Der primäre Anlass für die Durchführung des Lab war die Tagung des Staatssekretärsausschusses für nachhaltige Entwicklung im Mai 2021 für die Weiterführung des Nationalen Programms für nachhaltigen Konsum. Einen weiteren Grund für die Durchführung des Labs stellt die Stärkung der Politik für nachhaltigen

Konsum im Rahmen der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie dar (wpn 2030, 2021c, S. 1). Gemäß der wpn2030 (2021c) stellen sich die aktuellen **Konsumpolitiken der Bundesregierung als zu weit gefasst** und mit **unzureichend Wirkung dar**, notwendige Wandel zur Steigerung von nachhaltigen Konsum- und Produktionsmustern als derzeit nicht erkenn- und messbar. Es, bedarf es neuer Politiken zur Förderung der Transformation im Bereich des Konsumierens und Produzierens, welche den nachhaltigen Wandel deutlich beschleunigen (wpn 2030, 2021c, S. 1). Um dies zu erreichen, liegen die **Schwerpunkte des Lab zunächst auf der kohärenten Ausgestaltung von konsumrelevanten Politiken**. Des Weiteren fokussiert das Lab die **Umsetzung einer zirkulären Wirtschafts(-weise)** und die Einbeziehung von **Suffizienz Ansätzen** in bestehende Politiken (wpn 2030, 2021c, S. 1).

Für die digitale Austragung des Lab wurden **27 Expert*innen aus Wissenschaft, Unternehmen, Zivilgesellschaft** (Verbraucher*innen-Verbände, Initiativen und NGOs), **Politik und Verwaltung** eingeladen. Mit 41% lag der höchste Anteil der Teilnehmenden bei der Politik. Gefolgt von Vertreter*innen aus der Wissenschaft (29%). Unternehmen und Zivilgesellschaft waren gleich stark im Lab vertreten (mit jeweils 15%) (wpn 2030, 2021c, S. 1f.).

3.1.3 Methodische Umsetzung

In Phase der Durchführung wurden verschiedene Schritte durchlaufen (siehe Abb. 8).



Abb. 8: Ablauf und Ergebnisse aus dem DNS-Labs (eigene Darstellung, basierend auf wpn 2030, 2021c, S. 2f.)

Die erste Phase (Wissenschaftliche Kurzimpulse) diente der **Perspektivenübernahme** und der **Entwicklung einer gemeinsamen Informations- und Diskussionsbasis**. Im Rahmen der zweiten Phase erfolgte die erste Gruppenarbeitsphase, in der unter anderem **Kernfragen** identifiziert wurden. In der dritten Arbeitsphase wurden (ebenfalls in Gruppen) beispielhafte **Empfehlungen** (wie bspw. die Bildung für nachhaltigen Konsum verankern und Suffizienz politikfähig machen) entwickelt, diskutiert und zusammengefasst. Im Anschluss wurden die Bereiche durch Teilnehmende priorisiert, wobei vier Bereiche als besonders relevant und dringend identifiziert wurden. Die vierte Phase des Labs diente der **Erarbeitung beispielhafter und konkreter Empfehlungen in den vier priorisierten Empfehlungsbereichen**. Zu den konkreten Empfehlungen zählen unter anderem die breite Etablierung von Bildung für nachhaltigen Konsum und Nachhaltigkeits-Literacy die Weiterentwicklung von Nachhaltigkeitsbewertung für Produkte sowie die Förderung von Suffizienzpraktiken in der Politik (wpn 2030, 2021c, S. 2f.). Weitere Handlungsempfehlungen sind dem Dokumentationsbericht zu entnehmen (wpn 2030, 2021c). Im Nachgang an die Veranstaltung erfolgte durch die wpn2030 die Nach- und Aufbereitung der Ergebnisse (fünfte Phase).

3.1.4 Zwischenfazit

Um das Ziel zu erreichen, experimentell und transdisziplinär evidenzbasiertes Wissen zu erarbeiten und Forschungs- und Handlungsbedarfe zu identifizieren, heben Di Giulio & Defila (2020) Erfolgsbedingungen hervor, welche bei der Ausrichtung und Durchführung beachtet und umgesetzt werden sollten (Di Giulio & Defila, 2020, S. 30ff.) Zentrale Erfolgsbedingungen für ein DNS-Lab sind im nachfolgenden Kasten dargestellt. Die von Di Giulio & Defila (2020) erarbeiteten Bedingungen unterstützen die Erzeugung von integrierten und neuen Wissens, welches sowohl für die Politik als auch für die Wissenschaft relevant ist.

Erfolgsbedingungen von DNS-Labs (basierend auf Di Giulio & Defila, 2020):

1. **Bewusstsein über den sozialen Kontext** der **Teilnehmenden** und Zusammenführung einer künstlichen Gruppe für das Format¹³
2. **Festlegung der räumlichen Perspektive für das Thema** und Festlegung einer Zieldefinition: Räumliche Perspektive der DNS-Labs sowie Bestimmung des generischen Ziels der Veranstaltung sowie die spezifischen Ziele z.B., mit Bezug zu "in, mit, und durch Deutschland".

¹³ Gruppe, die nur einmal im Rahmen des Formats zusammenkommt. Gruppe kommt im "natürlichen Setting" so nicht vor.

3. **Thematischer Kontext:** SDGs als Orientierungspunkt und als Impuls Richtung Politik/Gesellschaft sowie Impuls Richtung Wissenschaft/Bildung
4. **Gemeinsame Reflexion** von verschiedenen Perspektiven auf ein Thema
5. **Passende Methodenauswahl**
Methoden müssen:
 - a) **Kompakt sein** und den **zeitlichen Aspekt** des Formats **berücksichtigen**
 - b) Für ein **künstliches Setting** geeignet sein und zum Austausch anregen
 - c) **Niederschwellig** sein und aufwendige Vorleistungen der Teilnehmenden verhindern
 - d) Die Reaktionsfähigkeit der Verantwortlichen beschleunigen und **lange Vorbereitungen** seitens der Verantwortlichen **vermeiden** können
6. **Gute und für alle Akteur*innen verständliche Kommunikation** in der Vorbereitung, der Durchführung und der Nachbearbeitung
7. **Beachtung der Qualitätskriterien und qualitativer Anforderungen**
 - a) Wissenschaftlich **glaubwürdig** und **nachvollziehbare** Synthese
 - b) **Vielfalt der Expertise** sowohl innerhalb als auch außerhalb des Wissenschaftssystems
 - c) Förderung von gegenseitigem **Verständnis und Akzeptanz**
 - d) Förderung der **Experimentierfreudigkeit** und **Ergebnisoffenheit**
 - e) **Saubere Auswertung** und **Bereitstellung** der Ergebnisse für die Ergebnisnutzung nach dem Format
 - f) **Inhaltsreiche Moderation** auf thematischer, methodischer und sozio-kultureller Ebene
 - g) Prinzipien der **transdisziplinären Zusammenarbeit** (den Beteiligten einen Nutzen bieten, Zusammenarbeit auf Augenhöhe gewährleisten etc.)
 - h) Gestaltungsprinzipien für **face-to-face Treffen** und Verzicht von virtuellen Methoden
 - i) **Gütekriterien** für Methoden **der partizipativen Wissenserzeugung** (Vermeidung von Methoden, die soziale Formen des Ausschlusses/Machtgefälle o.ä. begünstigen)
8. **Geschützter Raum durch Chatham-House-Regel**, um wertschätzende Atmosphäre zu schaffen

3.2 Fallbeispiel “Policy Lab UK”

Das Policy Lab UK wurde im Jahr 2014 im Cabinet Office des Vereinigten Königreichs gegründet. Im Anschluss daran ist die Anzahl von britischen Policy Labs und bürger*innenzentrierten Politikdesign-Teams stark angestiegen (Whicher, 2021, S.

264). Das Policy Lab UK wird von den Ministerien finanziert und führt seither verschiedene Projekte durch. Im Vereinigten Königreich finden Policy Labs bereits auf verschiedenen Verwaltungsebenen Anwendung. Auf lokaler und städtischer Ebene existiert bspw. das Bexley Innovation Lab, auf regionaler Ebene bspw. das Northern Ireland Innovation Lab und das Welsh Government Innovation Lab und auf nationaler Ebene das Policy Lab sowie das HMRC Policy Lab (Whicher, 2021, S. 260).

3.2.1 Ziele und Qualitätsanforderungen

Das Policy Lab des Vereinigten Königreichs schafft neue Ansätze für die Politikgestaltung. Von Themen der Datenwissenschaft bis hin zum bürger*innen-zentrierten Design. Das Policy Lab bietet praktische Unterstützung sowie neue, agile Denkansätze und agiert als Forschungs- und Design-Testfeld für politische Innovationen innerhalb der britischen Regierung (Cabinet Office, 2017). Durch die Gründung des Policy Labs wurde ein neutraler Raum für politische Entscheidungsträger*innen geschaffen, in dem Politiker*innen insbesondere abteilungsübergreifend zusammenarbeiten und sich in der Öffentlichkeit und mit politik-externen Expert*innen austauschen können (Cabinet Office, 2017). Der Austausch beruht auf einem strengen, kooperativen Prozess, der in enger Partnerschaft mit den politischen Teams abläuft und innovative Instrumente und Techniken anwendet. Das britische Policy Lab wird insbesondere für die Lösung komplexer, systematischer politischer Probleme verwendet. Die Lösung dieser Problemstellung können transformativer Natur sein und erfordern oft eine neue Art des Denkens.

Die Praxis und Ziele des Policy Labs umfassen drei Hauptbereiche (Cabinet Office, 2017):

1. **Bereitstellung neuer politischer Lösungen** durch inspirierende praktische Projekte
2. **Ausbau der Fähigkeiten und Kenntnisse der politischen Fachleute** und des öffentlichen Dienstes im Allgemeinen
3. **Anregung zu neuem Denken und Innovation** in der Politik durch Schreiben und Experimentieren

Das Policy Lab dient folglich dazu, **möglichst schnell neue Ideen zu entwickeln** und mit **Hilfe öffentlicher Leitfäden das innovative, evidenzbasierte und bürger*innen-zentrierte Handeln zu fördern**. Konkreter betrachtet, kann das Policy Lab bspw. politische Teams dabei unterstützen, neue Erkenntnisse über

Bedürfnisse von Bürger*innen zu gewinnen. Es kann zudem Ideen entwickeln, die zu Innovationen anregen oder aber mit Hilfe von Tests und Prototypen unterstützend wirken, um politische Maßnahmen besser zu realisieren.

Case Study: Achieving Net Zero Last Mile Logistics

Im Auftrag der Innovationsagentur der britischen Regierung für Städte, Transport und Führung identifizierte das Policy Lab Probleme und Möglichkeiten sowie Treiber und Hemmnisse für die Erreichung einer Net Zero Last Mile Logistics (LML). Dies erfolgte unter der Forschungsfrage: *Wie können negative Auswirkungen auf die Umwelt in der Logistik der letzten Meile der Lieferkette reduziert werden?* Dabei sollten sowohl die menschliche als auch die Systemperspektive integriert werden. Der Forschungsprozess war auf den Liefergegenstand ausgerichtet. Das Ergebnis der Case Study stellt zum einen ein Bild des LML-Systems von der Mikro- bis zur Makroebene und zum anderen identifizierte zukünftige Herausforderungen und Potentiale dar.

Weitere Einblicke in andere Case Studies sind dem Policy Lab Prospekt 2023¹⁴ zu entnehmen.

Das Collective Intelligence Lab (CILab) des Policy Labs ist ein Projekt, welches **Gruppenintelligenz** für die Erarbeitung neuer politischer Ideen in Verbindung **mit digitalen Tools** nutzt (Foale & Bennett, 2021). Der kollaborative und innovative Ansatz basiert auf einer großen Vielfalt von Menschen sowie einer digitalen Plattform (Pol.is). Die Plattform ermöglicht es den Teilnehmenden untereinander in den Austausch zu treten, die Ideen/Erkenntnisse zwischen Regierung, Wissenschaft und Öffentlichkeit zu kommunizieren und damit eine stärkere Beteiligung im politischen Prozess zu erlangen. Das CILab **verbindet den Ansatz der kollektiven Intelligenz mit digitalen Infrastrukturen** und versucht damit politische Prozesse dahingehend zu bessern, dass komplexe und wandelbare Bürger*innenbedürfnisse erkannt und erfüllt werden können (Foale & Bennett, 2021).

¹⁴ <https://openpolicy.blog.gov.uk/2022/10/24/launching-the-new-policy-lab-prospectus/>

3.2.2 Gestaltungsrelevante Bedingungen

Bei der offenen Politikgestaltung im Policy Lab geht es um die Entwicklung und Umsetzung politischer Maßnahmen in einer schnelllebigen, zunehmend vernetzten und digitalen Welt. Nach Angaben des Cabinet Office (2017) geschieht dies durch:

1. Die Anwendung **kollaborativer Ansätze** im politischen Entscheidungsprozess, so dass die Politik von einem breiten Spektrum an Beiträgen und Fachwissen getragen wird und den Bedürfnissen der Bürger*innen entspricht. Dazu werden im Policy Lab verschiedene Akteur*innengruppen, wie bspw. Dienstleistungsdesigner*innen, Ethnograph*innen, Datenwissenschaftler*innen und Fachleute zum Austausch zusammengebracht.
2. Die Anwendung **neuer Analysetechniken**, Erkenntnisse und digitaler Werkzeuge, damit die Politik **datengestützt und faktenbasiert** ist.
3. **Die Erprobung und iterative Verbesserung** der Politik, um komplexe, sich ändernde Bürger*innenbedürfnisse zu erfüllen und sicherzustellen, dass sie erfolgreich umgesetzt werden kann.

Das britische Cabinet Office hat zudem ein **Toolkit für einen Open-Policy-Making-Prozess und Open Policy Design** erarbeitet (siehe Abb. 9).



Abb. 9: Toolkit Open Policy Making (eigene Darstellung, basierend auf Cabinet Office, 2017)

Dieses Toolkit umfasst verschiedene methodische Hilfestellungen sowie notwendige Bedingungen für einen solchen Open Policy Prozess, wie beispielsweise die notwendigen Eigenschaften eines "Open Policy Makers" (siehe Kasten unten).

Ein Open Policy Maker muss (Cabinet Office, 2017):

- **offen sein** für neue **Ideen** und **neue Wege** des Arbeitens
- **bescheiden** sein, in Bezug auf das eigene Wissen und Unwissen
- die **tatsächlichen Bedürfnisse der Bürger*innen verstehen können**
- die **Öffentlichkeit** einbinden
- mit **unterschiedlichen Expert*innen** (u.a. Bürger*innenforschende und Ethnograph*innen, Designer*innen, Akademiker*innen, Digitalexpert*innen) **zusammenarbeiten** und sich mit **neuem Wissen auseinandersetzen können**
- die **Erkenntnisse testen und nutzen können**, um Ihre Politik nachhaltig zu verbessern
- die **Daten nutzen können**, um daraus zu lernen und zu beweisen

Darüber hinaus werden im Toolkit Methoden und Leitfäden für die erfolgreiche Durchführung eines Labs aufgeführt. Dazu gehören u.a. der Umgang sowie die Einbindung von Open Data, die passende Methodenauswahl, um die Bürger*inneninteressen zu analysieren oder um Erfolgs- und Wirkungsmessung durchzuführen (Cabinet Office, 2017). Zudem werden auch Tools zur Ko-Kreation angeboten, wie z.B. Workshops, Hackathons oder Idea Jams.

3.2.3 Methodische Umsetzung des “Policy Lab in one day”

Die Dauer der Projekte des Policy Labs unterscheidet sich und kann sich über einen Zeitraum von drei Monaten bis hin zu einem Jahr erstrecken (Cabinet Office, 2017). Die Dringlichkeit eines Themas oder eines Problems erfordert manchmal allerdings auch eine **besonders schnelle Lösung**. Daher wurde vom Policy Lab auch ein **“Policy Lab in a day”** entwickelt. Dieses Format dient dazu, einen schnellen Überblick über die verfügbaren Fakten zu erlangen, sich auf Bürger*innen zu fokussieren und gemeinsam kreative, kollaborative Lösungen innerhalb eines Tages zu entwickeln. Nach Angaben der britischen Regierung ist diese **kurze Dauer eines Policy Labs nicht optimal, aber bei bestimmten Problemstellungen unumgänglich und notwendig**.

In Abbildung 10 ist der Ablauf des “Policy Lab in one day” schematisch dargestellt.

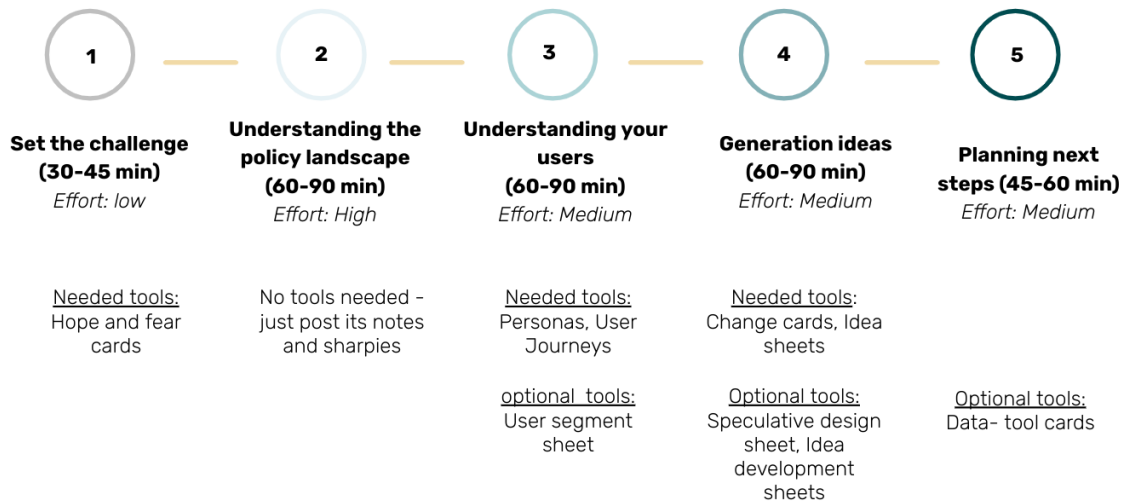


Abb. 10: Ablauf des "Policy Lab in a day" (eigene Darstellung, basierend auf PolicyLabUK, 2017)

Die Umsetzungsbedingungen für ein "Policy Lab in a day" (basierend auf Cabinet Office, 2017) umfassen u.a. ein Raum für kreatives Arbeiten mit Flipchart-Papier, Post-its, Textmarker und Kamera/Smartphone sowie das Toolkit "Offene Politikgestaltung" und Wi-Fi für den Zugriff auf das Toolkit und kurze Recherchen.

3.2.4 Zwischenfazit

Um komplexe, systemische und politische Probleme zu lösen, gilt es verschiedene Bedingungen und Methoden zu berücksichtigen. Die im Policy Lab UK angewandten Methoden basieren auf **Evidenz, Partizipation** und **Experimentieren**. Sie stützen sich auf unterschiedliche Perspektiven, dienen der Bewältigung von Komplexität und schaffen Konsens (Policy Lab.gov, 2023). Das Policy Lab steht insgesamt für die Erprobung der Anwendung von **Design Thinking, Ethnographie, Data Science** und **digitalen Medien** für die Politikgestaltung (Cabinet Office, 2017).

Das Toolkit für die offene Politikgestaltung greift wichtige, gestaltungsrelevante Bedingungen auf und ermöglicht **transformative Lösungsansätze** im Kontext der **zunehmend schnelllebigen, vernetzten und digitalen Welt**. Besonders relevant für die Entwicklung und Umsetzung politischer Maßnahmen im Kontext dieser Kurzstudie erscheint zum einen die Anwendung von kooperativen Ansätzen im politischen Entscheidungsprozess und zum anderen der **Einsatz neuer Analysetechniken** und **digitaler Werkzeuge** (Cabinet Office, 2017).

3.3 Weitere Beispiele für Ko-Kreations-Formate zur Plattformregulierung

Die Recherche zu bestehenden Ansätzen und Formaten zeigt, dass bereits viele kompakte und kollaborative Formate existieren und sowohl auf nationaler als auch auf internationaler Ebene umgesetzt werden. In den folgenden Kästen werden zwei Formate mit besonderer Relevanz zur Plattformregulierung kurz beschrieben.

Beispiel: **European Policy Lab “Wie können wir Innovation und Produktivität im europäischen Wirtschaftsraum stärken?”**

Das **European Policy Lab zum Thema Innovation und Produktivität in Europa** wurde vom Progressiven Zentrum und der Bertelsmann Stiftung (im Rahmen des Programms “Europas Zukunft”) im Sommer 2019 in Berlin veranstaltet (Bertelsmann Stiftung, 2019). Das European Policy Lab zielte darauf ab, Lösungsvorschläge zur Problematik der Marktdominanz einzelner Firmen (u.a. chinesischer und amerikanischer Plattformunternehmen) und “regulatorische Flickenteppich” innerhalb des europäischen Binnenmarktes für die europäische Wirtschaftspolitik zu sammeln und diese zu diskutieren. Dazu verfolgte das Lab die folgenden beiden Leitfragen: “Wie kann das Produktivitätswachstum in Deutschland und der EU so gestärkt werden, dass nicht nur die Zentren, sondern auch die Peripherien davon profitieren?” und “Welche Rolle spielen dabei Investitionen und wettbewerbspolitische Rahmenbedingungen?” durchgeführt (Jürgensen, 2019). Die Teilnehmenden am European Policy Lab waren **unterschiedliche Expert*innen aus Politik und Forschung**. Das Lab wurde vom Progressiven Zentrum moderiert und fand unter der **Chatham House Rule** statt (Jürgensen, 2019; BertelsmannStiftung, 2019).

Beispiel: **Zukunftslabor “DenkFabrik Digitale Arbeitsgesellschaft”**

Das Zukunftslabor **“DenkFabrik Digitale Arbeitsgesellschaft”** des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales ist ebenfalls ein modernes, interdisziplinäres und agiles Format in Anwendung, welches die Funktionen und Arbeitsweisen eines klassischen ThinkTanks und eines zeitgenössischen Future Labs koppelt und das Thema Digitalisierung der Arbeitswelt näher analysiert (DenkFabrik, 2018). Das ThinkTank wurde 2018 mit dem Ziel gegründet, neue

Handlungsfelder im Zeitalter der Digitalisierung und andere Trends zu identifizieren (die zunehmend für das Arbeits- und Sozialministerium relevant werden). Zudem zielt das ThinkTank darauf ab, die Arbeitswelt verstärkt im gesellschaftlichen Kontext zu erfassen und **neue, innovative Lösungsansätze für die zukunftsfähige Arbeitsgesellschaft** herauszuarbeiten (DenkFabrik, 2018). Dazu nutzt die DenkFabrik verschiedene **kollaborative Methoden des Zusammendenkens**, um konkrete Fragestellungen aus diversen Perspektiven zu analysieren. Neben **kleinen Gesprächs- und Diskussionsrunden und Workshop-Reihen finden Ko-Kreation-Prozesse und mehrtägige Design-Thinking-Labs** im Forschungsprozess Anwendung. Die Digitalisierung als Megatrend betrifft auch zunehmend die Arbeitswelt (BMAS, 2020). Die Plattformarbeit entwickelt sich sehr dynamisch und gewinnt künftig immer weiter an Bedeutung. Plattformen bieten vielerlei Potenziale für die Arbeitswelt, wie beispielsweise zugängliche und neue Möglichkeiten für Beschäftigung und für den Marktzugang. Andererseits existieren vielfältige Risiken, wie die **Marktbeherrschung und Monopolstellung von einzelnen Plattformen** (BMAS, 2020). Die DenkFabrik setzt sich unter anderem für faire Arbeit auf Plattformen ein und untersucht in diesem Zusammenhang die arbeits- und sozialpolitischen Auswirkungen einer wachsenden Plattformwirtschaft. In diesem Rahmen fand im Juli 2021 ein Expert*innenworkshop zum Thema **“Faire Arbeit in der Plattformökonomie”** statt. Das Ziel des Workshops lag auf der **Diskussion von globalen Möglichkeiten und Herausforderungen der Arbeit in der Plattformökonomie**. Dazu wurden politische Akteur*innen auf nationaler Ebene (aus Frankreich, Portugal, Slowenien, den Vereinten Nationen und Deutschland) sowie auf EU-Ebene zum gemeinsamen Diskurs eingeladen. Für den wissenschaftlichen Input im Workshop war eine **Vertreterin der Internationalen Arbeitsorganisation** (ILO) der Vereinten Nationen zuständig (BMAS, 2021).

4 Schlussfolgerungen

Unter Einbezug der vielen Facetten kollaborativer Politikgestaltung, die aus den beschriebenen Beispielen deutlich werden, wird im folgenden Kapitel ein Fazit bezüglich der Umsetzung von GIL gezogen, indem sowohl Herausforderungen als

auch Potentiale und Gelingensbedingungen aufgegriffen werden (Kapitel 4.1). Im Anschluss folgt ein kurzer Ausblick (Kapitel 4.2).

4.1 Herausforderungen für kollaborative Governance-Ansätze

Wie Kapitel 2 verdeutlicht wurde, existieren für eine partizipative Politikgestaltung verschiedene Governance-Ansätze (Government Innovation Labs, Policy Labs bzw. Policy Living Labs, Reallabore), die für die Konzeption eines GIL eine wichtige Rolle spielen können und wichtige Bezüge aufweisen. Darüber hinaus gibt es bereits verschiedene kompakte und kollaborative Formate, die sich in der Umsetzung befinden und sich komplexen Herausforderungen und Fragestellungen widmen. Die Kurzstudie zeigt auf, dass insbesondere die Agilität in der Wissensproduktion und der kollaborative Ansatz des regulativen Lernens entscheidende Merkmale für ein GIL sind. GIL, die einen stärkeren Reallaborcharakter haben, können auch über längere Zeiträume hin angelegt sein und in einem iterativen, ko-kreativen Prozess zwischen Politik, Zivilgesellschaft, Wissenschaft und Wirtschaft politische Entscheidungsgrundlagen generieren.

Die kollaborative Governance in GIL ist allerdings nicht frei von **Herausforderungen**, die einer erfolgreichen Umsetzung ggf. im Wege stehen können.

Zunächst sind Herausforderungen in der Durchführung von Experimenten regulativen Lernens zu berücksichtigen, die grundsätzlicher Natur sind. Während die politische Amtszeit einerseits ein Faktum für politische Akteur*innen bei der schnellen und effektiven Erarbeitung von Lösungen sein kann, kann die Aussicht auf Wiederwahlen bzw. die Furcht vor einem Verlust von Wähler*innenstimmen gleichzeitig einen hemmenden Effekt auf die Wahl von Politikinstrumenten, sowie deren regulatorische Reichweite und operationale Tiefe haben (Bauknecht, 2019, S. 8). Geibler und Stelzer verweisen auf die oft **fehlende Akzeptanz** von Experimenten in der Öffentlichkeit und den Vorwurf von Verschwendung von Steuergeldern und die daraus resultierende Erfordernis von relevanten und für die Öffentlichkeit verständlichen Zielen (Geibler & Stelzer, 2020, S. 23). Grundsätzlich ist die **Akteur*innenkonstellation** für die Umsetzung eines GIL zentral. Ein umfangreiches Akteur*innenmapping ist daher in der Vorbereitung entscheidend. Die Kurzstudie zeigt, dass insbesondere vier Akteur*innengruppen (NGOs, Akteur*innen aus der Wirtschaft/Wirtschaftsverbände, Expert*innen aus der Wissenschaft und politische Akteur*innen auf der Ebene der Ministerien) für ein GIL entscheidend sind, wobei die letzte Gruppe in Hinsicht auf regulatives Lernen in GIL besonders relevant ist.

Hürden für GIL bestehen zudem bei der Auswahl von Akteur*innen durch die Gefahr der **“regulatory capture”** (Flower, 2015; Lefebvre & Martimort, 2022). Durch Lobbyist*innen können GIL instrumentalisiert werden. So können im Prozess des Austausches unterschiedliche Diskursstrategien (Geels, 2014) eingesetzt werden, die laut Clausen und Fichter (2019, S. 37) gezielt Erkenntnisse in Frage stellen, um politische Entscheidungen zu verzögern oder zu erschweren¹⁵. Das **Akteur*innenmapping sowie die Auswahl der Expert*innen** im GIL sind daher bedeutsam für die demokratische Fundierung des Ansatzes.

Weiterhin bestehen Herausforderungen für GIL, die sich aus der Art und Weise der Wissensproduktion im Format selbst ergeben. Beispielsweise ist hier an fundamentale Unterschiede in der Verstehensweise von Problemen und in der Herangehensweise bei der Suche nach Lösungen zu denken. Neben der “regulatory capture” ist die ungleiche Deutungshoheit zu nennen, die sich auf kulturelle Hegemonie und gesellschaftlichen/institutionellen Status stützt (Gramsci, 2011). Daran angeschlossen ergibt sich die Herausforderung, dass für das Gelingen von Entscheidungen in GIL **besondere Moderationskompetenzen** gefragt sind, die bestenfalls eine konsensuale Entscheidungsfindung (oft durchaus stark) konfliktärer Ansichten begünstigt. Hinsichtlich eines offenen, transparenten und faktenbasierten Austausches nimmt die Wissenschaft eine wichtige Rolle ein, divergierende Zielvorstellungen und Fragestellungen seitens der verschiedenen Akteur*innen neutral zu bewerten und bestenfalls zu integrieren (Geibler & Stelzer, 2020: 22).

Andererseits ermöglichen kompakte und kollaborative Formate, wie das GIL, mehr Kreativität, Innovation und Austausch für und während der Erarbeitung von regulativen Maßnahmen (Geibler & Stelzer, 2020, S. 20). Zudem können durch Formate mit Lab-Charakter Geschäftsmodelle, die im bestehenden Rechtssystem als bislang nicht rentabel gelten, entwickelt und erprobt werden (Geibler & Stelzer, 2020, S. 21, Liedtke et al., 2015, Geibler et al., 2018). Durch kollaborative und explorative Formate könnten daher nachhaltigkeitsorientierte Plattformen gestärkt und auch Verbraucher*interessen und Verbraucher*innenschutz in der digitalen Plattformökonomie geschärft werden. GIL haben insbesondere für die Umweltpolitik das große Potential, bei der nachhaltigen Gestaltung der Digitalisierung

¹⁵ Strategien des “regulatory capture” bzw. der diskursiven Beeinflussung von Wissensproduktion im Gesprächskontext von GIL können sein: Erstens das diagnostische Framing, das versucht, die Identifikation der Probleme zu beeinflussen oder umzulenken, zweitens das prognostische Framing, das bereits auf Ebene der Vorbereitung von Entscheidungsfindungen stattfinden und mit dem die Auswahl von Problemlösungen beeinflusst werden soll sowie drittens das motivationale Framing, das die Begründung für das Handeln hinterfragt oder verändert und im Wesentlichen eine argumentative Herausforderung darstellt, die in einem agilen, kurz angelegten Format nicht ausgeglichen werden kann (basierend auf Clausen & Fichter, 2019, S. 37)

unterstützend zu wirken. Im Rahmen der GIL Durchführung kann der Politik Hilfestellungen bei der Identifizierung von Maßnahmen geboten werden, um bspw. den Online Handel stärker im Sinne des Umwelt- und Verbraucherschutzes zu regulieren und eine nachhaltige Plattformökonomie zu etablieren. Durch den hohen Grad an Flexibilität und Agilität kann das Format zudem die Reaktionsfähigkeit politischer Entscheidungen deutlich beschleunigen und ist für die Regulation dynamischer Themenfelder, wie die Digitalisierung, besonders wertvoll.

Auch für andere Akteur*innengruppen (Forschung & Zivilgesellschaft) kann die Teilnahme an einem GIL verschiedene Vorteile mit sich bringen. Diese können sich von vergleichbaren Formaten, wie beispielsweise der Lernfabrik Ökodesign des Fraunhofer IZM, ableiten. Im Rahmen der Lernfabrik kann den Teilnehmenden durch die Netzwerkfunktion die Möglichkeit zum gegenseitigen Austausch und Lernen gegeben werden (vgl. Fraunhofer IZM, 2023). Darüber hinaus kann das Format der Lernfabrik die Erweiterung der eigenen Ausbildung und Qualifikation unterstützen – sowohl im methodischen als auch im thematischen Kontext (vgl. Fraunhofer IZM, 2023).

Die Teilnahme von wirtschaftlichen Vertreter*innen an einem GIL oder vergleichbaren Formaten kann ebenfalls nennenswerte Potenziale bieten (vgl. Fraunhofer IZM, 2023). Im Kontext der nachhaltigen Plattformregulierung können Vertreter*innen der Plattformökonomie durch die gemeinsam erarbeiteten Ergebnisse, unternehmensspezifische Optimierungsprozesse (bspw. für die Erhöhung der Kundenzufriedenheit oder der Umweltverträglichkeit) ab- & einleiten und eine Vorreiter*innenrolle im nachhaltigen Innovationsprozess einnehmen. Zudem kann ein solches Format bspw. kleineren, nachhaltigkeitsorientierten Unternehmen die Möglichkeit bieten, Netzwerke und Allianzen zu bilden und wettbewerbsfähiger zu werden.

4.2 Gelingensbedingungen zur Umsetzung

Insbesondere **das Konzept des DNS-Lab zeigt viele Überschneidungen** zu der Konzeption eines GIL auf, denn: Das DNS-Lab ist ebenfalls ein zeitlich begrenztes Format mit kollaborativem Ansatz und dem Ziel integriertes, transdisziplinäres Wissen zu generieren und dabei experimentell, ergebnisoffen und wissenschaftlich vorzugehen. Gleichzeitig sollte mit Blick auf das regulative Lernen für GIL für Nachhaltigkeit in der Plattformökonomie bereits in der Konzeption ein wissensbezogener Output zu definiert werden. Gerade hinsichtlich der Herausforderung, dass politische Strategien und Policies oft zu ungenau formuliert

werden und die detaillierte Auslegung den Gerichten überlassen wird, sollte ein GIL als ein ermöglichendes Format für frühe und konkrete politische Initiativen konzipiert werden. GIL können an der Schnittstelle zwischen Governance und Rechtsetzung als Vorstufe der Rechtstechnik verstanden werden, in denen gesellschaftlich-diskursive Normen und Werte auf Steuerungsebene wegweisend ausgehandelt werden. Leitfragen eines GIL für Nachhaltigkeit in der Plattformökonomie könnten sein: Welches rechtsrelevante Wissen soll produziert werden? Welche regulativen Maßnahmen sind denkbar? Das DNS-Lab Format der wpn2030 dient gleichermaßen der Lösung von komplexen Problemstellungen. Daher kann das DNS-Lab als Gestaltungsgrundlage für die Umsetzung eines GIL dienen. Damit ein GIL erfolgreich umgesetzt werden kann, müssen bestimmte Bedingungen beachtet werden. Diese Umsetzungsbedingungen konnten im Rahmen dieser Studie näher identifiziert werden (beruhen u.a. auf den Auswertungen der Literaturanalyse, den Lessons Learned des DNS-Labs sowie aus dem Open Policy Making-Toolkit des britischen Cabinet Offices).

Wichtige Umsetzungsbedingungen sind u.a. die Erfolgsbedingungen des DNS-Labs (S. 25), dazu zählt:

- eine stets **ergebnisoffene Gestaltung**,
- die Anwendung der **Chatham-House-Regel**,
- die Nutzung passender und **wissenschaftlicher Methoden**,
- die Beachtung der **Qualitätskriterien** und **qualitativer Anforderungen** (u.a. wissenschaftlich glaubwürdig und nachvollziehbar) sowie
- die Verwendung ausschließlich **verständlicher Kommunikation**.

Darüber hinaus stellen die Anweisungen des Open Policy Making-Toolkits des britischen Cabinet Offices (S. 29) wichtige Umsetzungsbedingungen für die Gestaltung des GIL dar. Dazu zählt:

- ein **offenes Mindset** gegenüber neuer Ideen und Perspektiven bei Open Policy Makern,
- die Fähigkeiten **transdisziplinär** (mit verschiedenen Expert*innen) arbeiten zu können und
- die Fähigkeit, die **Ergebnisse testen** und vor allem **nutzen** zu können.

Das Thema des GIL sollte zudem **normativ** ausgerichtet sein und einen im **öffentlichen Interesse** stehenden Zweck verfolgen.

Es zeigt sich in den Beispielen ein **Potential durch die Nutzung von digitalen Werkzeugen sowie künstlicher Intelligenz zur Entscheidungsunterstützung.**

Das Policy Lab der UK verweist bereits auf digitale Werkzeuge und zeitgemäße Tools, die genutzt werden sollen, um Politik- und Entscheidungsprozesse zu beschleunigen und nachhaltig zu verbessern. Das UK Policy Lab hat bspw. bereits ein sogenanntes Collective Intelligence Lab¹⁶ (CILab) entwickelt, welches mit Hilfe eines digitalen Tools (digitale Plattform) versucht möglichst viele Personengruppen an politischen Entscheidungsfindungen zu beteiligen und praktische Lösungen, mit Hilfe von Gruppenintelligenz via Online-Diskussionsplattformen, zu finden. Durch das CILab können verschiedene Perspektiven sowie neue Ideen zu wichtigen Prioritätsbereichen der Regierung effizient zusammengeführt werden. In der CO:DINA Forschungslinie "Transparente Wertschöpfungsketten" konnten bereits Potentiale von KI in der Entscheidungsunterstützung zum nachhaltigen Konsum¹⁷ aufgezeigt werden. Im Kontext der Governance Innovation Labs könnte ein KI-gestützter Prozess z.B. das Problem von "regulatory capture" vermindern, da eine uneingeschränkte und von persönlichen Voreinstellungen unabhängige Themenauswahl sowie Teilnehmendenauswahl ermöglicht werden kann. Darüber hinaus kann ein KI-gestützter Prozess beträchtliche Erleichterungen und Beschleunigung bei der Konzeption und Umsetzung eines GIL erzielen. Durch das automatische Screening von Akteur*innen oder das Erstellen einer umfangreichen Forschungslandkarte mittels KI kann beispielsweise die Arbeitszeit der eigenständigen Recherche eingespart werden. Die vollständigen Potentiale von KI in der Vorbereitungsphase eines GIL sollten weiter exploriert und anschließend auch erprobt werden.

4.3 Ausblick

Um die Chancen der Digitalisierung für nachhaltigen Konsum besser nutzbar zu machen, sollten Konsumprozesse auf Plattformen und im Onlinehandel neu definiert werden und von Politik und Regierung sollten neue Rahmenbedingungen formuliert und etabliert werden. Konkret braucht es dynamische und kollaborative Governance in der Politikgestaltung, die neue Akteur*innen und Kompetenzen mobilisieren und regulative Lernprozesse ermöglichen. Die Kurzstudie hat hier angesetzt und verschiedene dynamische, kollaborative Ansätze aufgezeigt und das Format der Governance Innovation Labs vorgestellt. Beispiele kollaborativer Formate zeigen, dass digitale Werkzeuge und Infrastrukturen sinnvoll und hilfreich sind, sehr dynamische

¹⁶ <https://openpolicy.blog.gov.uk/2021/11/04/crowdsourcing-policy-how-can-collective-intelligence-improve-policy-making/>

¹⁷ <https://codina-transformation.de/wp-content/uploads/CO-DINA-Positionspapier-7-KI-und-Nachhaltiger-Konsum-1.pdf>

und komplexe Themen besser zu adressieren. Daher sollte in weiteren Schritten ein stärkerer Fokus auf die Einbindung digitaler Instrumente und Unterstützung durch Künstliche Intelligenz bei der Konzeption und Umsetzung von ko-kreativen Governance-Formaten gelegt werden.

Auf Basis der vorliegenden Forschungsergebnisse des CO:DINA Projekts sollte Dialog zum Thema Plattformökonomie und nachhaltigen Konsum fortgeführt werden.

Literatur

- Abbott, K. W. & Snidal, D. (2021). The governance triangle: Regulatory standards institutions and the shadow of the state. In *The Spectrum of International Institutions*. Routledge, 52-91.
- Acuto, M., Steenmans, K., Iwaszuk, E. & Ortega-Garza, L. (2019). Informing urban governance? Boundary-spanning organisations and the ecosystem of urban data. *Area*, 51(1), 94-103.
- Artinger, S., Baltes, S., Jarchow, C., Petersen, M. & Schneider, A.M. (2018). Lebensdauerlabel für Elektroprodukte. Untersuchung zur Wirkung einer Lebensdauerangabe für Elektroprodukte auf die Kaufentscheidung. Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Berlin.
- Asenbaum, H. & Hanusch, F. (2021). (De) futuring democracy: Labs, playgrounds, and ateliers as democratic innovations. *Futures*, 134, 102836. <https://doi.org/10.1016/j.futures.2021.102836>
- Baggio, M., Ciriolo, E., Marandola, G. & van Bavel, R. (2021). The evolution of behaviourally informed policy-making in the EU. *Journal of European Public Policy*, 28(5), 658-676. <https://doi.org/10.1080/13501763.2021.1912145>
- Batory, A. & Svensson, S. (2019a). The fuzzy concept of collaborative governance: A systematic review of the state of the art. *Central European Journal of Public Policy*, 13(2), 28-39.
- Batory, A. & Svensson, S. (2019b). The use and abuse of participatory governance by populist governments. *Policy & Politics*, 47(2), 227-244.
- Bauknecht, D., Bischoff, T., Bizer, K., Heyen, D. A., Führ, M., Gailhofer, P., Proeger, T. & Von der Leyen, K. (2019). Exploring the pathways: Regulatory experiments for Sustainable Development, ifh Working Paper, No. 22/2019. Volkswirtschaftliches Institut für Mittelstand und Handwerk an der Universität Göttingen (ifh), Göttingen.
- Barber, M. (2015). *How to run a government: So that citizens benefit and taxpayers don't go crazy*. Penguin UK.
- BertelsmannStiftung (2019). *Zweites European Policy Lab: Wie können wir Innovation und Produktivität im europäischen Wirtschaftsraum stärken?* Online verfügbar unter: <https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/unsere-projekte/repair-and-prepare-strengthening-europe/projektnachrichten/zweites-european-policy-lab#detail-content-51a2-10>, letzter Zugriff am 31.05.2023.
- Bianchi, C., Nasi, G. & Rivenbark, W. C. (2021). Implementing collaborative governance: models, experiences, and challenges. *Public Management Review*, 23(11), 1581-1589. <https://doi.org/10.1080/14719037.2021.1878777>
- BMAS (2020). *Neue Arbeit fair gestalten. Eckpunkte des BMAS zu „Fairer Arbeit in der Plattformökonomie“*. Online verfügbar unter: <https://www.bmas.de/DE/Service/Presse/Pressemitteilungen/2020/eckpunkte-plattformoekonomie.html>, letzter Zugriff am 31.05.2023.
- BMAS (2021). *Plattformökonomie global denken – internationaler Austausch zu fairer Plattformarbeit*. Online verfügbar unter: <https://www.bmas.de/DE/Service/Presse/Meldungen/2021/plattformoekonomie-global-denken-internationaler-austausch-plattformarbeit.html>, letzter Zugriff am 31.05.2023.
- BMDV (2022). *Digitalstrategie Gemeinsam digitale Werte schöpfen*. Bundesministerium für Digitales und Verkehr, Berlin.

BMUV (2020). Umweltpolitische Digitalagenda. Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit, Berlin.

BMUV (2022a). Digitaler Verbraucherschutz. Online verfügbar unter: <https://www.bmuv.de/themen/verbraucherschutz-im-bmuv/digitaler-verbraucherschutz>, letzter Zugriff am 31.05.2023.

BMUV (2022b). Nachhaltiger Konsum im Online-Handel. Online verfügbar unter: <https://www.bmuv.de/themen/nachhaltigkeit-digitalisierung/konsum-und-produkte/nachhaltiger-konsum-im-online-handel>, letzter Zugriff am 31.05.2023.

Borner, J. & Kraft, A. H. (2018). Konzeptpapier zum Reallabor-Ansatz. Arbeitspapier aus dem Kopernikusprojekte ENavi gefördert durch das BMBF. Kolleg für Management und Gestaltung nachhaltiger Entwicklung (KMGNE), Berlin.

Börzel, T. A., & Risse, T. (2005). Public-private partnerships: Effective and legitimate tools of international governance. *Complex sovereignty: On the reconstitution of political authority in the 21st century*, 195, 216.

Brock, K. L. (2019). Government and Non-profit Collaboration in Times of Deliverology, Policy Innovation Laboratories and Hubs, and New Public Governance. *Voluntas* 31(2), 257-270. <https://doi.org/10.1007/s11266-019-00145-0>

Bulkeley, H. & Castán Broto, V. C. (2013). Government by experiment? Global cities and the governing of climate change. *Transactions of the Institute of British Geographers*, 38(3), 361-375. <https://doi.org/10.1111/j.1475-5661.2012.00535.x>

Cabinet Office (2017). Open Policy Making toolkit. Online verfügbar unter: <https://www.gov.uk/guidance/open-policy-making-toolkit/getting-started-with-open-policy-making>, letzter Zugriff am 31.05.2023.

Clausen, J. & Fichter, K. (2019). Governance radikaler Umweltinnovationen: Theoretische Grundlagen und Forschungskonzeption. Borderstep Institut, Berlin.

Clarke, A. & Craft, J. (2018). The Twin Faces of Public Sector Design. *Governance*, 32(1), 5-21. <https://doi.org/10.1111/gove.1234>

DenkFabrik (2018). Denkfabrik Digitale Arbeitsgesellschaft: Arbeit neu denken. Online verfügbar unter: <https://www.denkfabrik-bmas.de/ueber-uns/denkfabrik-digitale-arbeitsgesellschaft-arbeit-neu-denken>, letzter Zugriff am 31.05.2023.

Design Council. (2023). History of the Double Diamond. Online verfügbar unter: <https://www.designcouncil.org.uk/our-resources/the-double-diamond/history-of-the-double-diamond>, letzter Zugriff am 31.05.2023.

Di Giulio, A. & Defla, R. (2020). Charakterisierung eines kompakten, transdisziplinären und transformationsorientierten Dialogformats für die Bearbeitung von Nachhaltigkeitsthemen, Studie für die Wissenschaftsplattform Nachhaltigkeit 2030. Universität Basel, Basel.

Die Bundesregierung (2020). wirksam regieren - Mit Bürgern für Bürgern. Verstehen, Entwickeln, Testen. Online verfügbar unter: <https://www.bundesregierung.de/breg-de/themen/wirksam-regieren/arbeitsweise>, letzter Zugriff am 31.05.2023.

Dijck, v. J. (2020). Governing digital societies: Private platforms, public values. *Computer Law & Security Review*, 36, 105377. <https://doi.org/10.1016/j.clsr.2019.105377>

- Djeffal, C., Siewert, M. B. & Wurster, S. (2022). Role of the state and responsibility in governing artificial intelligence: a comparative analysis of AI strategies. *Journal of European Public Policy*, 29(11), 1799-1821.
- Flower, J. (2015). The international integrated reporting council: a story of failure. *Critical Perspectives on Accounting*, 27, 1-17. <https://doi.org/10.1016/j.cpa.2014.07.002>
- Foale, E. & Bennett, S. (2021). Crowdsourcing policy: how can collective intelligence improve policymaking? Online verfügbar unter: <https://openpolicy.blog.gov.uk/2021/11/04/crowdsourcing-policy-how-can-collective-intelligence-improve-policy-making/>, letzter Zugriff am 31.05.2023.
- Fraunhofer IZM (2023). Lernfabrik Ökodesign. Online verfügbar unter: https://www.izm.fraunhofer.de/de/abteilungen/environmental_reliabilityengineering/projekte/learning-factory-for-ecodesign.html, letzter Zugriff am 31.05.2023.
- Frick, V., Gossen, M., Lautermann, C., Muster, V., Kettner, S. & Santarius, T. (2019). Digitalisierung von Märkten und Lebensstilen: Neue Herausforderungen für nachhaltigen Konsum. Stand der Forschung und Handlungsempfehlungen Zwischenbericht. Umweltbundesamt, Dessau-Roßlau.
- Fritzsche, K., Haenel, F., Pohle, J., Eichbaum, F., Ullrich, A., Vladova, G., Herlo, B., Franke, J., Gailhofer, P., Vallée, T., Scheiber, P., Mollen, A., Axenbeck, J., Kalbhenn, J. & Batura, O. (2022). Digitalisierung nachhaltig und souverän gestalten Forschungsbericht zu den sozial-ökologischen Perspektiven für eine selbstbestimmte Digitalpolitik. In S. Bauer (Hrsg.), Forschungsbericht zum Roadmapping der Forschungslinie "Digitale Souveränität und Nachhaltigkeit" im CO:DINA Projekt.
- Fuller, M. & Lochard, A. (2016). Public policy labs in European Union members states, EUR 28044 EN, Publications Office of the European Union, Luxembourg. ISBN 978-92-79-60894-0, https://doi.org/10.2788/799175_JRC102665
- Geels, F. W. (2014). Regime Resistance against Low-Carbon Transitions: Introducing Politics and Power into the Multi-Level Perspective. *Theory, Culture & Society*, 31(5), 21-40. <https://doi.org/10.1177/0263276414531627>
- Geibler, J. V. (2010). Nachhaltigkeit in globalen Wertschöpfungsketten: Nicht-staatliche Standards als Steuerungsinstrument im internationalen Biomassehandel. Metropolis, Marburg.
- Geibler, J. v., Erdmann, L., Dönitz, E., Stadler, K. & Zern, R. (2018). Roadmap Living Labs für eine Green Economy 2030. Kurzfassung. Broschüre zum Arbeitspaket 7 (AP 7.4) im INNOLAB Projekt: „Living Labs in der Green Economy: Realweltliche Innovationsräume für Nutzerintegration und Nachhaltigkeit“. Wuppertal Institut und Fraunhofer-Institut für System- und Innovationsforschung ISI, Wuppertal und Karlsruhe.
- Geibler, J. v. & Stelzer, F. (2020). Reallabore als umweltbezogenes Politikinstrument: Kurzstudie im Rahmen der Digitalagenda des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit. Wuppertal Report Nr. 19, Wuppertal Institut.
- Geibler, J. v. & Gnanko, T. (2022). Nachhaltige Konsumentenscheidungen durch Künstliche Intelligenz und den Digitalen Produktpass: Forschungsbericht zum Roadmapping der Forschungslinie "Transparente Wertschöpfungsketten" im CO:DINA Projekt. Wuppertal Institut, Wuppertal.
- Gramsci, A. (2011). Hegemony (1929). In I. Szeman, T. Kaposy (Hrsg.), *Cultural Theory: An Anthology*. Oxford: Wiley-Blackwell, 188-203.
- Gritsenko, D. & Wood, M. (2020). Algorithmic governance: A modes of governance approach. In *Regulation & Governance* (16), 45-62.

- Hagemann, H. (2015). Umweltrelevante Produktinformationen im ECommerce – Chancen für nachhaltigen Konsum. Umweltbundesamt, Dessau-Roßlau.
- Hamedinger, A. (2021). Neue Governance-Konzepte für die Digitalisierung: Herausforderungen und Potentiale. In M. Mitteregger, E. M. Bruck, A. Soteropoulos, A. Stickler, M. Berger, J. S. Dangschat, R. Scheuven, I. Banerjee (Hrsg.), AVENUE21. Politische und planerische Aspekte der automatisierten Mobilität (S. 343-354). Springer Vieweg.
- Hinrichs-Krapels, S., Bailey, J., Boulding, H., Duffy, B., Hesketh, R., Kinloch, E., Pollitt, A., Rawlings, S., Van Rij, A., Wilkinson, B., Pow, R. & Grant, J. (2020). Using Policy Labs as a process to bring evidence closer to public policymaking: a guide to one approach. Palgrave Communications, 6(1), 1-9.
- Jürgensen, P. (2019). Zweites European Policy Lab: Wie können wir Innovation und Produktivität im europäischen Wirtschaftsraum stärken? ExpertInnen-Gespräch zu inklusivem Wachstum für Europa. Online verfügbar unter: <https://www.progressives-zentrum.org/zweites-european-policy-lab-wie-koennen-wir-innovation-und-produktivitaet-im-europaeischen-wirtschaftsraum-staerken/>, letzter Zugriff am 31.05.2023.
- Jordan, A., Wurzel, R. K. W. & Zito, A. (2005). The Rise of 'New' Policy Instruments in Comparative perspective: Has Governance Eclipsed Government? Political Insight, 53(3), 477-496.
- Kahlenborn, W., Keppner, B., Uhle, C., Richter, S. & Jetzke, T. (2018). Die Zukunft im Blick: Konsum 4.0: Wie Digitalisierung den Konsum verändert. Trendbericht zur Abschätzung der Umweltwirkungen. Umweltbundesamt, Dessau-Roßlau.
- Kimbell, L. (2015). Applying design approaches to policy making: discovering policy lab. University of Brighton. Online verfügbar unter: https://ualresearchonline.arts.ac.uk/id/eprint/9111/2/Kimbell_PolicyLab_report.pdf, letzter Zugriff am 31.05.2023.
- Lefebvre, P. & Martimort, D. (2022). Delegation, capture and endogenous information structures. Journal of Theoretical Politics, 34(3), 357-414.
- Lell, O., Muster, V. & Thorun, C. (2020). Förderung des nachhaltigen Konsums durch digitale Produktinformationen: Bestandsaufnahme und Handlungsempfehlungen. Umweltbundesamt, Dessau-Roßlau.
- Lell, O., Kettner, S. E., Thorun, C. & Bendig, T., (2021). Verbraucherschutz digital neu denken: Consumer Protection Technologies. politische Relevanz Potential und Handlungsbedarf. ConPolicy GmbH, Berlin.
- Lewis, J. M., McGann, M. & Blomkamp, E., (2019). When Design Meets Power: Design Thinking, Innovation, and the Politics of Policymaking. Policy and Politics, 48(1), 111-130. <http://doi.org/10.1332/030557319X15579230420081>
- Liedtke, C., Baedeker, C., Hasselkuß, M., Rohn, H., & Grinewitschus, V. (2015). User-integrated innovation in Sustainable LivingLabs. Journal of Cleaner Production, 97, 106-116.
- Liedtke, C., Baur, N., Dehmel, S., Grimm, V., Kenning, P., Micklitz, H. W., Specht-Riemenschneider, L. & Scharioth, S. (2020). Nachhaltigen Konsum und nachhaltige Produktion ermöglichen. Empfehlungen für die Verbraucherpolitik. Sachverständigenrat für Verbraucherfragen, Berlin.
- Mayer-Ries, J. (2018). Government Innovation Lab: Ein Vorschlag zur Stärkung der ministerienübergreifenden Erschließung von Zukunftsthemen. Institute for Advanced Sustainability Studies (IASS) Discussion Paper, Potsdam.

- Mayntz, R. (2009). Über Governance: Institutionen und Prozesse politischer Regelung, Schriften aus dem Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung, No. 62, ISBN 978-3-593-38892-2, Campus Verlag, Frankfurt a. M.
- McGann, M., Blomkamp, E. & Lewis, J. M. (2018). The Rise Of Public Sector Innovation Labs: Experiments in Design Thinking for Policy." *Policy Sciences*, 51(3), 249–267. <https://doi.org/10.1007/s11077-018-9315-7>
- McGann, M., Wells, T. & Blomkamp, E. (2021). Innovation labs and co-production in public problem solving, *Public Management Review*, 23(2), 297–316. <https://doi.org/10.1080/14719037.2019.1699946>
- Micklitz, H. W., Oehler, A., Piorkowsky, M. B., Reisch, L. A., Strünck, C. (2010). Der vertrauende, der verletzte oder der verantwortungsvolle Verbraucher? Plädoyer für eine differenzierte Strategie in der Verbraucherpolitik, Stellungnahme des Wissenschaftlichen Beirats Verbraucher- und Ernährungspolitik beim BMELV, Berlin.
- Micklitz, H. W., Schiefke, N., Liedtke, C., Kenning, P., Specht-Riemenschneider, L., Baur, N. (2020). Onlinehandel im Spannungsfeld von Verbraucherschutz und Nachhaltigkeit. Veröffentlichungen des Sachverständigenrats für Verbraucherfragen, Berlin.
- Mintrom, M., Luetjens, J. (2016). Design Thinking in Policymaking Processes: Opportunities and Challenges. *Australian Journal of Public Administration* 75(3), 391–402. <https://doi.org/10.1111/1467-8500.12211>
- Oehler, A. (2006). Zur ganzheitlichen Konzeption des Verbraucherschutzes – eine ökonomische Perspektive. *Verbraucher und Recht* 21, 294–300.
- Oehler, A. (2011). Behavioral Economics und Verbraucherpolitik: Grundsätzliche Überlegungen und Praxisbeispiele aus dem Bereich Verbraucherfinanzen. *BankArchiv* 59, 707–727.
- Oehler, A. & Reisch, L. A. (2016). Verbraucherleitbild: Differenzieren, nicht diskriminieren!. Sachverständigenrat für Verbraucherfragen beim Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz.
- Ossewaarde, M., & Reijers, W. (2017). The illusion of the digital commons: 'False consciousness' in online alternative economies. *Organization*, 24(5), 609–628.
- PolicyLabUK (2017). Policy Lab in a day. Online verfügbar unter: <https://www.gov.uk/guidance/open-policy-making-toolkit/quick-tools>, letzter Zugriff am 31.05.2023.
- Policy Lab.gov (2023). Prospectus Our work & offer, 2023–24. Online verfügbar unter: <https://openpolicy.blog.gov.uk/about/>, letzter Zugriff am 31.05.2023.
- Ramesohl, S., Wirtz, J., Gunnemann, A. & Weier, R., Digital-ökologische Staatskunst Plattformen im Dienst der Nachhaltigkeit. Forschungsbericht zum Roadmapping der Forschungslinie "Digital-ökologische Staatskunst" im CO:DINA Projekt. Wuppertal Institut, Wuppertal.
- Reddel, T., & Woolcock, G. (2004). From consultation to participatory governance? A critical review of citizen engagement strategies in Queensland. *Australian Journal of Public Administration*, 63(3), 75–87.
- Rittel, H. W. J. & Webber, M. M. (1973). Dilemmas in a General Theory of Planning. *Policy Sciences*, 4(2), 155–169. <https://doi.org/10.1007/bf01405730>
- Rose, M., Wanner, M. & Hilger, A. (2019). Das Reallabor als Forschungsprozess und-Infrastruktur für nachhaltige Entwicklung: Konzepte, Herausforderungen und Empfehlungen. Wuppertal: Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie.

Sarmiento, F., Larrea, C., Leal, S., Jose, R. & Bealby-Wright, O. (2023). Policy action framework: Improving product sustainability information in e-commerce. Consumers International and International Institute for Sustainable Development.

Schäpke, N., Stelzer, F., Bergmann, M., Singer-Brodowski, M., Wanner, M., Caniglia, G. & Lang, D.J. (2017). Reallabore im Kontext transformativer Forschung. IETSR Discussion Papers.

Schäpke, N., Stelzer, F., Caniglia, G., Bergmann, M., Wanner, M., Singer-Brodowski, M., Loorbach, D., Olsson, P., Baedeker, C. & Lang, D. J. (2018). Jointly Experimenting for Transformation? Shaping Real-World Laboratories by Comparing Them. GAIA – Ecological Perspectives for Science and Society, 27(1), 85-96.

Shore, C. & Wright, S. (1997). Policy: A New Field of Anthropology. In C. Shore & S. Wright (Hrsg.), Anthropology of Policy: Critical Perspectives on Governance and Power. London: Routledge, 3-39.

SRU (2016). Umweltgutachten 2016. Impulse für eine integrative Umweltpolitik. Sachverständigenrat für Umweltfragen, Berlin.

Titmuss, R. (1974). Social Policy. An Introduction. In B. Abel-Smith & K. Titmuss (Hrsg.), Allen and Unwin: London, 33-38.

UNDP (2018). Government Innovation Lab in Thailand. Online verfügbar unter: <https://www.undp.org/thailand/publications/government-innovation-lab>, letzter Zugriff am 31.05.2023.

Vallejo, N. & Hauselmann, P. (2005). Multi-stakeholder Governance. Geneva: PIEC. Online verfügbar unter: <http://awsassets.panda.org/downloads/finalpiconsultingpaperenglish.pdf>, letzter Zugriff am 31.05.2023.

WBGU – Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (2019). Unsere gemeinsame digitale Zukunft. WBGU, Berlin.

Whicher, A. (2021). Evolution of policy labs and use of design for policy in UK government, Policy Design and Practice, 4(2), 252-270. <https://doi.org/10.1080/25741292.2021.1883834>

Winterberg, L. (2017). Die Not der Anderen. Kulturwissenschaftliche Perspektiven auf Aushandlungen globaler Armut am Beispiel des Fairen Handels. Bausteine einer Ethnographie. Waxmann: Regensburger Schriften zur Volkskunde/Vergleichenden Kulturwissenschaft, 32.

Wolff, F., Heyen, D.A., Brohmann, B., Griebhammer, R., Jacob, K. & Graaf, L. (2018). Transformative Umweltpolitik: Nachhaltige Entwicklung konsequent fördern und gestalten. Umweltbundesamt, Dessau.

wpn 2030 (2021a). DNS-Labs Integriertes Wissen für die Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie agil erarbeiten. Online verfügbar unter: <https://www.wpn2030.de/wp-content/uploads/2020/11/DNS-Labs-Beschreibung.pdf>, letzter Zugriff am 31.05.2023.

wpn 2030 (2021b). Erstes DNS-Lab durchgeführt. Online verfügbar unter: <https://www.wpn2030.de/dns-lab-konsum/>, letzter Zugriff am 31.05.2023.

wpn 2030 (2021c). DNS-Lab: Politiken für nachhaltigen Konsum stärken. Dokumentation. Online verfügbar unter: https://www.wpn2030.de/wp-content/uploads/2021/11/2021_DNS_Lab_Nachhaltiger_Konsum_Dokumentation.pdf#, letzter Zugriff am 31.05.2023.

Über die Autor*innen

Justus von Geibler

Dr. Justus von Geibler ist Co-Leiter des Forschungsbereichs "Innovationslabore" der Abteilung Nachhaltiges Produzieren und Konsumieren am Wuppertal Institut für Klima, Umwelt und Energie. Seine Arbeitsschwerpunkte umfassen Nachhaltigkeitsinnovation und Innovationsmanagement, Living Labs für nutzerintegrierte Produkt-Dienstleistungsentwicklung, Umwelt- und Nachhaltigkeitsbewertung von digitalen Technologien, Produkten, Wertschöpfungsketten und Unternehmen.

Katharina Gröne

Katharina Gröne ist wissenschaftliche Mitarbeiterin im Forschungsbereich "Innovationslabore" der Abteilung Nachhaltiges Produzieren und Konsumieren am Wuppertal Institut für Klima, Umwelt und Energie. Dort ist sie Referentin für die Wissenschaftsplattform Nachhaltigkeit 2030 (wpn2030). Außerdem koordiniert sie das Kompetenzzentrum Fairer Handel an der Universität zu Köln. Zu ihren Arbeitsschwerpunkten mit Fokus auf den Globalen Süden gehören nachhaltiger Konsum, nachhaltige Ernährungssysteme und nachhaltige städtische Räume. Sie arbeitet zu sozialen Bewegungen, Ungleichheit und sozialer Gerechtigkeit, zu Graswurzelansätzen und sozialen Praktiken für sozial-ökologische Transformation, aber auch zu nachhaltigen Lieferketten, und dem Fairen Handel.

Toni Gnanko

Toni Gnanko studiert Global Change Management im Master an der Hochschule für nachhaltige Entwicklung Eberswalde und ist als wissenschaftliche Hilfskraft am Wuppertal Institut für Klima, Umwelt und Energie im Forschungsbereich "Innovationslabore" der Abteilung "Nachhaltiges Produzieren und Konsumieren" tätig.

Stephan Ramesohl

Prof. Dr.-Ing. Stephan Ramesohl ist Co-Leiter des Forschungsbereichs „Digitale Transformation“ am Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie. Seine Arbeitsschwerpunkte sind Perspektiven einer nachhaltigen Digitalisierung und der digital-ökologischen Industrietransformation.

Über CO:DINA

Das Verbundvorhaben CO:DINA – Transformationsroadmap Digitalisierung und Nachhaltigkeit vernetzt Wissenschaft, Politik, Zivilgesellschaft und Wirtschaft, um neue strategische Stoßrichtungen für eine nachhaltige Digitalisierung zu identifizieren. Vielfalt in Denkweisen, Perspektiven und Erfahrungen ist die Voraussetzung, um die Komplexität der Digitalisierung besser zu verstehen und grundlegenden Fragen insbesondere zur Künstlichen Intelligenz mit tragfähigen Lösungsansätzen zu begegnen. Dabei entstehen Netzwerke zwischen Akteur*innengruppen, die bislang unzureichend verbunden waren. So wird die politische und gesellschaftliche Handlungsfähigkeit für einen sozialen und ökologischen digitalen Wandel gestärkt.

Das Vorhaben wird vom Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz (BMUV) im Rahmen der KI-Leuchtturinitiative gefördert und gemeinsam vom IZT – Institut für Zukunftsstudien und Technologiebewertung und dem Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie umgesetzt.

Gefördert durch:



Bundesministerium
für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit
und Verbraucherschutz

aufgrund eines Beschlusses
des Deutschen Bundestages

Impressum



IZT – Institut für Zukunftsstudien und
Technologiebewertung gemeinnützige GmbH
Schopenhauerstr. 26, 14129 Berlin
Tel.: +49 (0) 30 803088-0
Fax: +49 (0) 30 803088-88
E-Mail: info@izt.de
Internet: www.izt.de



Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie
GmbH
Döppersberg 19, 42103 Wuppertal
Tel.: +49 (0) 202-2492-101
Fax: +49 (0) 202-2492-108
E-Mail: info@wupperinst.org
Internet: www.wupperinst.org

Juni 2023



Weitere Veröffentlichungen unter:
www.codina-transformation.de